

MARVIN GÜLKER

Öffentliche Sachen im digitalen Zeitalter

*Studien und Beiträge
zum Öffentlichen Recht*

79

Mohr Siebeck

Studien und Beiträge
zum Öffentlichen Recht

Band 79



Marvin Gülker

Öffentliche Sachen im digitalen Zeitalter

Zur Systematik öffentlicher Sachherrschaft von der
Widmung bis zur Durchsetzung im analogen
und im digitalen Raum

Mohr Siebeck

Marvin Gülker, geboren 1992; 2026 Promotion (Passau); Rechtsreferendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg.

ISBN 978-3-16-200834-3 / eISBN 978-3-16-200835-0

DOI 10.1628/978-3-16-200835-0

ISSN 1867-8912 / eISSN 2568-745X (Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Meinem viel zu früh verstorbenen Freunde

Dennis Keke

zugedacht

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand in der Zeit 2020 bis 2025 im Wesentlichen während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor *Dr. Kai von Lewinski* für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht an der Universität Passau. Sie wurde von der Juristischen Fakultät der Universität Passau im Sommersemester 2026 als Dissertation angenommen.

Die Arbeit beruht im Wesentlichen auf dem Stand von Literatur und Rechtsprechung im Oktober 2025. Für die Publikationsfassung wurde sie auf den Stand von etwa Juni 2026 aktualisiert, was auch gesetzgeberische Tätigkeiten einschließt. Die seit Oktober 2025 neu erschienene Literatur und Rechtsprechung bestätigt im Übrigen zwei meiner Erkenntnisse: So hat das BVerfG im Rahmen seiner Entscheidung zur Zweitveröffentlichungspflicht vom 24. März 2026 (Az.: 2 BvL 3/18) die Bundeskompetenz für Urheberrecht in Art. 73 Abs. 1 Nr. 9 GG so ausgelegt, wie ich es in dieser Arbeit ebenfalls vorschlage, und *Weber* hat im Deutschen Verwaltungsblatt 2026, S. 397 ff. eine Herleitung öffentlicher Sachherrschaft im AEG vorgelegt, die mit meiner, maßgeblich auf §§ 23, 5a AEG beruhenden Argumentation in weiten Teilen vergleichbar ist.

Mein Dank gilt zuvorderst meinem Doktorvater, Herrn Professor *Dr. Kai von Lewinski*. Ohne ihn wäre ich ein anderer Mensch. Herrn Professor *Dr. Urs Kramer* danke ich für die schnelle Erstattung des Zweitgutachtens. Es haben aber auch andere Personen dankende Erwähnungen verdient: Mein enger Freund *Constantin Breß*, der für jede wissenschaftliche Diskussion zu haben ist, sogar wenn sie sich um das Gemeine Recht dreht; meine Freundin *Doreen*, deren Unterstützung in den schwierigen Momenten unbezahlbar war und die auf unserer Islandreise angesichts meiner fortdauernden Schreibaarbeit unendlichen Langmut bewiesen hat; meine Mutter und mein Stiefvater, die – obwohl selbst keine Akademiker – mir die nötige Unterstützung gaben, um diese Publikation vollenden zu können.

Stade, im Juni 2026.
Marvin Gülker.

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Erster Teil. Begriffsbildung	7
§ 1 Begriffsbildung	9
A. Begriff der Öffentlichen Sache	9
B. Öffentliche Sachen und Gebrauchsarten	48
C. Widmung und Einziehung	59
D. Information	63
E. Zusammenfassung	76
Zweiter Teil. Recht der analogen öffentlichen Sachen	79
§ 2 Kompetenzieller Rahmen	81
A. Verfassungsrecht	81
B. Europarecht	92
C. Zusammenfassung	104
§ 3 Altrechtliche Regelungen	105
A. Öffentliche Sache und Wohnheitsrecht	105
B. Öffentliche Sache und Gemeines Recht	107
C. Vernunftrechtskodifikationen	153
D. Anstaltsgewalt	168
E. Das öffentliche Hausrecht	170
F. Zusammenfassung	182
§ 4 Fortgeltung der altrechtlichen Regelungen	183
A. Partikularrecht	183
B. Frühere deutsche Verfassungen, Landesverfassungen	186
C. Ostdeutschland und die DDR	189
D. Westdeutschland: Altes Recht unter dem Grundgesetz	195
E. Entgegenstehendes Wohnheitsrecht seit 1949	242
F. Situation auf Bundesebene	246

G. Rechtsbereinigungen der 1950er und 1960er Jahre	249
H. Kein Außerkrafttreten mit den Verwaltungsverfahrensgesetzen . .	255
I. Zusammenfassung	256
§ 5 Die öffentliche Sache im geschriebenen Recht	257
A. § 35 S. 2 VwVfG und entsprechende Landesregelungen	257
B. Satzungen von Selbstverwaltungskörperschaften	258
C. Einzelne Materien des besonderen Verwaltungsrechts	261
D. Zusammenfassung	316
 Dritter Teil. Recht der digitalen öffentlichen Sachen	 317
§ 6 Kompetenzieller Rahmen	319
A. Verfassungsrecht	319
B. Europarecht	332
C. Zusammenfassung	378
§ 7 „Upgrade“ der altrechtlichen Regelungen?	379
A. Übergreifende Aspekte	379
B. Semantische Information	381
C. Syntaktische Information	388
D. Sonderfall res sacrae?	428
E. Zusammenfassung	429
§ 8 Digitale öffentliche Sachen im geschriebenen Recht	430
A. § 35 S. 2 VwVfG und entsprechende Landesregelungen	430
B. Satzungen von Selbstverwaltungskörperschaften	430
C. Einzelne Materien des besonderen Verwaltungsrechts	431
D. Zusammenfassung	489
 Vierter Teil. Schlussbetrachtung	 491
§ 9 Schlussbetrachtung	493
A. Standort des öffentlichen Sachenrechts im Rechtssystem und Ergebnis zur Leitthese	493
B. Zusammenfassung in Thesen	495
 Literaturverzeichnis	 505
 Rechtsprechungsverzeichnis	 524
 Sachregister	 535

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Teil. Begriffsbildung	7
§ 1 Begriffsbildung	9
A. Begriff der Öffentlichen Sache	9
I. Lehren vom öffentlichen Sachenrecht	9
1. Die tradierte Lehre	9
2. Das öffentliche Eigentum (<i>Mayer</i>)	13
3. Öffentliches Sachenrecht als Sachzuweisung des öffentlichen Rechts (<i>Niehues</i>)	14
4. Öffentliche Grundlast (<i>Bartels</i>)	15
5. Die öffentliche Sache als Rechtsverhältnis (<i>Maunz</i>)	19
6. Nutzungsrechtstheorien (<i>Papier, Merli</i>)	21
7. Gar kein öffentliches Sachenrecht (<i>Axer, Lepsius</i>)	22
II. Vom Definieren	25
III. Erarbeitung einer Definition	28
1. Einige Definitionen aus der Literatur	28
2. Eigene Definition	34
a) Die tradierte Lehre als Ausgangspunkt	34
b) Oberbegriff „Gegenstand“ und fehlendes Körperlichkeits- erfordernis	37
c) Abgrenzung von der Staatsvermögenslehre	41
d) Dingliches Recht und öffentliche Sachherrschaft	43
e) Zugehörigkeit zum öffentlichen Recht	47
IV. Ergebnis	48
B. Öffentliche Sachen und Gebrauchsarten	48
I. Verwaltungsgebrauch	49
II. Einrichtungs- bzw. „Anstaltsgebrauch“	50
III. Gemein- und Sondergebrauch	53
IV. Res sacrae	57
V. Die Zukunft der Gebrauchsbegriffe	57
C. Widmung und Einziehung	59

D. Information	63
I. Der dreigliedrige Informationsbegriff nach <i>Zech</i>	64
II. Ermittlung des Schnittsbereichs zum öffentlichen Sachenrecht	67
1. Strukturelle Information	68
2. Semantische Information	68
3. Syntaktische Information	69
a) Anwendungsfälle staatlicher Herrschaft über syntaktische Information	69
b) Öffentliches Immaterialgüterrecht	72
III. Schwächen und Unvollkommenheiten des dreigliedrigen Infor- mationsbegriffs	73
1. Fehlende praktische Bedeutsamkeit	73
2. Logische und virtuelle Räume	73
IV. Information und virtuelle (öffentliche) Einrichtung	75
V. Ergebnis	76
E. Zusammenfassung	76
 Zweiter Teil. Recht der analogen öffentlichen Sachen	 79
§ 2 Kompetenzieller Rahmen	81
A. Verfassungsrecht	81
I. Besondere Kompetenztitel	81
1. Vielzahl der Kompetenzen	81
2. Insbesondere: Telekommunikationsrechtliche Kompetenzen	81
II. Bürgerliches Recht	84
1. Die Auslegung von Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG in der Rechtspre- chung des BVerfG	84
2. Der Sonderfall „öffentliche Last“	85
3. Unikatstheorie (<i>Stelkens</i>)	89
4. Ergebnis zu Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG	90
III. Ungeschriebene Kompetenzen	91
IV. Ergebnis	92
B. Europarecht	92
I. Kompetenz der Union zur Regelung des öffentlichen Sachen- rechts?	92
1. Begriff der „Eigentumsordnung“ in Art. 345 AEUV	92
2. Rechtsfolge „unberührt“	98
II. Wettbewerbsrecht des AEUV	102
III. Folgerungen für das öffentliche Sachenrecht	103
C. Zusammenfassung	104

§ 3 Altrechtliche Regelungen	105
A. Öffentliche Sache und Gewohnheitsrecht	105
B. Öffentliche Sache und Gemeines Recht	107
I. Inhaltsbestimmung	107
1. Römisches Recht	107
2. Pandektenwissenschaft	113
3. Rechtsprechung	116
a) Rechtsprechung vor 1933	117
b) Rechtsprechung nach 1933	128
4. Ausnahmen von der Rezeption des römischen Rechts	131
a) Regalien	131
b) Privilegien	133
c) Verfassungsrechtliche Staatsgutsbestimmungen	138
5. Diskussion	140
II. Das Inkrafttreten des BGB als Wendepunkt für die öffentlichen Sachen im Gemeinen Recht	148
1. Keine Regelung im BGB	148
2. Wegfall und Kompensation der Interdikte	149
3. Herleitung weiterer Rechtssätze des öffentlichen Sachenrechts	152
C. Vernunftrechtskodifikationen	153
I. Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten	154
1. Inhalt	154
2. Verhältnis zum BGB	158
II. Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis	158
1. Inhalt	158
2. Verhältnis zum BGB	161
3. Verhältnis zur Verfassung 1818	161
III. Code Civil	161
1. Inhalt	161
2. Verhältnis zum BGB	166
IV. Ergebnis	166
D. Anstaltsgewalt	168
E. Das öffentliche Hausrecht	170
I. Öffentliches Hausrecht als Spezialfall öffentlicher Sachherrschaft	171
II. Verhältnis zum privaten Hausrecht	175
III. Hausverbot und Rechtsweg	178
IV. Ergebnis	181
F. Zusammenfassung	182
§ 4 Fortgeltung der altrechtlichen Regelungen	183
A. Partikularrecht	183
B. Frühere deutsche Verfassungen, Landesverfassungen	186
I. Reichsebene	186

II. Landesebene	187
C. Ostdeutschland und die DDR	189
D. Westdeutschland: Altes Recht unter dem Grundgesetz	195
I. Gemeines Recht	196
1. Kein Verstoß gegen sachenrechtliche Prinzipien	196
2. Kein Verstoß gegen den Gesetzesvorbehalt von Art. 14 GG	198
a) Verfassungseigentum	198
b) Eingriffshandlung	199
c) Rechtfertigung	203
3. Kein Verstoß gegen andere Grundrechte	212
4. Kein Verstoß gegen den Parlamentsvorbehalt	215
5. Zwischenergebnis	216
II. Altrechtliche Vernunftrechtskodifikationen	216
III. Spezialfälle	217
1. Res sacrae	217
a) Fortgelten der altrechtlichen Bestimmungen	217
b) Qualifikation als echtes Hoheitsrecht	221
2. Vorkonstitutionelle Widmung	224
3. Widmung verwaltungsfremder Gegenstände	225
a) Widmung ohne Zustimmung des Eigentümers	226
aa) Durch Verwaltungsakt	226
bb) Durch Gesetz	228
cc) Rechtsfolgen	229
b) Widmung mit Zustimmung des Eigentümers	232
4. „Nur“ rechtswidrige Widmung	240
5. Zwischenergebnis	241
IV. Ergebnis	241
E. Entgegenstehendes Gewohnheitsrecht seit 1949	242
I. Rahmenbedingungen	242
II. Befund	243
F. Situation auf Bundesebene	246
I. Öffentliches Sachenrecht des Bundes	246
II. Revisibilität	248
G. Rechtsbereinigungen der 1950er und 1960er Jahre	249
I. Bundesrechtsbereinigung	250
II. Landesrechtsbereinigung am Beispiel Hamburg	253
H. Kein Außerkrafttreten mit den Verwaltungsverfahrensgesetzen	255
I. Zusammenfassung	256
§ 5 Die öffentliche Sache im geschriebenen Recht	257
A. § 35 S. 2 VwVfG und entsprechende Landesregelungen	257
B. Satzungen von Selbstverwaltungskörperschaften	258

C. Einzelne Materien des besonderen Verwaltungsrechts	261
I. Klassisches öffentliches Sachenrecht	261
1. Straßen- und Wasserrecht	261
2. Eisenbahnrecht	263
3. Luftrecht	269
II. Ausgewählte andere Materien des besonderen Verwaltungsrechts	271
1. Telekommunikationsrecht	271
2. Baulasten	275
3. Archivrecht	276
a) Keine Schutzmaßnahmen	277
b) Öffentliche Sachherrschaft	278
c) Unveräußerlichkeit	282
aa) Bund	284
bb) Rheinland-Pfalz und Hessen	289
d) Stasi-Unterlagen-Archiv	292
e) Fazit zum Archivrecht	297
4. Bevölkerungsschutzrecht	297
a) Bundesleistungsgesetz (BLG)	298
aa) Verfügungs- und Sukzessionsschutz – Rechtsnachfol-	
ge im BLG	299
bb) Andere Merkmale der Dinglichkeit	302
cc) Widmung – das Verhältnis von Leistungs- und Bereit-	
stellungsbescheid	304
dd) Fazit zum BLG	309
b) Landbeschaffungsgesetz (LBG)	310
c) Schutzbereichsgesetz (SchBG)	310
d) Fazit zum Bevölkerungsschutzrecht	313
5. Zwischenergebnis	313
III. Ergebnis	313
D. Zusammenfassung	316

Dritter Teil. Recht der digitalen öffentlichen Sachen 317

§ 6 Kompetenzieller Rahmen 319

A. Verfassungsrecht	319
I. Übertragbarkeit der Rechtsprechung zum hamburgischen öf-	
fentlichen Eigentum	319
II. Kein allgemeiner Kompetenztitel für den Umgang mit Information	320
1. Telekommunikationsrechtliche Kompetenzen (Artt. 73 Abs. 1	
Nr. 7, 91c Abs. 4 S. 2 GG)	320
2. IT-Planungsrat (Art. 91c GG im Übrigen)	324

3. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz (Art. 73 Abs. 1 Nr. 9 GG)	325
4. Recht der Wirtschaft (Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG)	330
5. Zwischenergebnis	331
III. Andere besondere Kompetenztitel des Bundes	331
IV. Ergebnis	332
B. Europarecht	332
I. Primärrecht	332
1. Syntaktische Information	333
a) Kompetenztitel	333
aa) Geistiges Eigentum (Art. 118 AEUV)	333
bb) Binnenmarktkompetenz (Art. 114 AEUV)	335
cc) Andere besondere Kompetenztitel der EU	336
b) Kompetenzgrenze aus Art. 345 AEUV	336
aa) Rechte an Information als Teil der „Eigentumsordnung“ in Art. 345 AEUV	337
bb) Verhältnis zwischen Art. 345 AEUV und Artt. 114, 118 AEUV	339
2. Semantische Information	342
II. Sekundärrecht	343
1. Informationsverwaltungsrecht	343
a) Semantische Information	344
b) Syntaktische Information	347
aa) Anwendungsbereichsausnahmen	347
bb) Kaum Beschränkungen in den Zugangsregelungen	353
cc) Weitergehende Beschränkungen durch Weiterverwertungsregelungen	354
c) Verbleibende Spielräume der Mitgliedstaaten	360
2. Digitalrecht	362
a) Daten-Governance-Rechtsakt	362
aa) Inhaltliche Beschränkungen	363
bb) Anwendungsbereichsfragen	364
b) Datenverordnung	370
c) Digital Services Act	373
3. Rechtsakte des Immaterialgüterrechts	374
4. Zwischenergebnis	377
III. Ergebnis	377
C. Zusammenfassung	378
§ 7 „Upgrade“ der altrechtlichen Regelungen?	379
A. Übergreifende Aspekte	379
I. Partikularrecht im Cyberspace	379

II. Kein Durchschlagen analoger öffentlicher Sachherrschaft auf den digitalen Raum	380
B. Semantische Information	381
I. Anwendbarkeit altrechtlicher Regelungen	381
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	383
1. Intensiver Grundrechtseingriff bereits durch die Widmung	383
2. Verbleibende Zuweisungsmöglichkeiten für den Gesetzgeber	385
III. Vereinbarkeit mit Bundes- und Unionsrecht	387
IV. Ergebnis	387
C. Syntaktische Information	388
I. Anwendbarkeit altrechtlicher Regelungen	388
1. Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu öffentlicher Sach- herrschaft an semantischer Information	388
2. Virtuelle Räume	390
3. Internet-Domains	394
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	394
1. Bestand der öffentlichen Sachherrschaft	394
2. Zuweisung und Aktualisierung öffentlicher Sachherrschaft	395
a) Öffentliche Sachherrschaft an vollständig hoheitlich be- triebenen virtuellen Räumen	396
aa) Urheber	397
(1) Urheberrecht und Verfassungseigentum	397
(2) Keine Enteignung der Verwertungsrechte des Urhebers	402
(3) Keine Enteignung des Urheberpersönlichkeitsrechts	406
(4) Aktualisierung, Andere Grundrechte des Urhebers	409
bb) Domainregistry, insbesondere die DENIC	411
cc) Andere Access-Provider, insbesondere DNS-Resolver	417
dd) Host- und Caching-Provider	421
ee) Nicht am Betrieb beteiligte Dritte	422
ff) Fazit zu vollständig hoheitlich betriebenen virtuellen Räumen	422
b) Unzulässigkeit öffentlicher Sachherrschaft an Social-Me- dia-Seiten	422
c) Teilweise Zulässigkeit öffentlicher Sachherrschaft an an- deren virtuellen Räumen mit privater Beteiligung	426
3. Zwischenergebnis	427
III. Vereinbarkeit mit Bundes- und Unionsrecht	427
IV. Ergebnis	428
D. Sonderfall res sacrae?	428
E. Zusammenfassung	429
§ 8 Digitale öffentliche Sachen im geschriebenen Recht	430
A. § 35 S. 2 VwVfG und entsprechende Landesregelungen	430

B. Satzungen von Selbstverwaltungskörperschaften	430
C. Einzelne Materien des besonderen Verwaltungsrechts	431
I. Internet-Domains	431
1. Deutsches Recht	431
a) Internet-Domain in Verfassung	432
b) Internet-Domain in formellem Gesetz	432
aa) Gruppe 1: Reiner Hinweis	433
bb) Gruppe 2: Inkorporation von fremdem „Recht“	434
cc) Gruppe 3: Rechtsverbindliche Staatspublikation . . .	435
(1) Vorhandene Regelung zum Umgang mit Störungen	435
(2) Keine Regelung zum Umgang mit Störungen	437
dd) Fazit	440
c) Internet-Domain in Rechtsverordnung	440
d) Internet-Domain in Satzung	442
e) Internet-Domain in Allgemeinverfügung (Verwaltungsakt)	442
f) Fazit zum deutschen Recht	442
2. Europäisches Recht	443
a) Internet-Domains im Unionsrecht	443
b) Die eu-TLD-VO	445
aa) Der Rechtsvorbehalt nach Art. 15 eu-TLD-VO	445
bb) Die Domain-Reservierung nach Art. 6 eu-TLD-VO . .	446
c) Rechtsfortbildungsmöglichkeiten	448
d) Fazit zum europäischen Recht	449
3. Ergebnis	449
II. Public Sector Information	449
1. Offene Staatsdaten (Open Government Data)	449
a) Die „Grundsatzkontroverse“	450
b) DNG und DGA als Meta-Rechtsordnung	454
aa) Regimeneutralität	454
bb) Keine öffentliche Sachherrschaft in DNG und DGA .	455
cc) Verhältnis zu anderen Gesetzen	459
c) Öffentliche Sachherrschaft in einzelnen Gesetzen	460
aa) Geodatenzugangsgesetz	461
bb) Geologiedatengesetz	463
cc) § 5 UrhG	467
(1) Öffentliche Sachherrschaft in § 5 Abs. 2 Hs. 2 UrhG	467
(2) Verfassungswidrigkeit von § 5 Abs. 2 Hs. 2 UrhG .	468
(3) Verbleibende materiellrechtliche Spielräume der Län-	
der	469
dd) E-Government-Gesetz	470
(1) § 12 Abs. 2 EGovG	472
(2) § 12a Abs. 6 EGovG	473
(3) Schicksal privater Rechte	475

d) Öffentliche Sachherrschaft ohne Gesetz? Zur „Datenlizenz Deutschland“	476
e) Fazit zu Open Government Data	480
2. Geschlossene Staatsdaten	480
a) § 4 SÜG	482
b) BSIG	484
c) Andere Regelungen	485
d) Fazit zu geschlossenen Staatsdaten	486
3. Ergebnis	486
III. Hoheitssymbole	487
D. Zusammenfassung	489
 Vierter Teil. Schlussbetrachtung	 491
§ 9 Schlussbetrachtung	493
A. Standort des öffentlichen Sachenrechts im Rechtssystem und Ergebnis zur Leitthese	493
B. Zusammenfassung in Thesen	495
I. Begriffe	495
II. Recht der analogen öffentlichen Sachen	496
III. Recht der digitalen öffentlichen Sachen	500
 Literaturverzeichnis	 505
 Rechtsprechungsverzeichnis	 524
 Sachregister	 535

Tabellenverzeichnis

3.1	Interdikte zum Schutz von res extra commercium	111
3.2	Gefundene Entscheidungen des RG Bände 1–138	118
3.3	Gefundene Entscheidungen des PrOVG Bände 1–88	119
3.4	Auswertungsergebnis Rechtsprechung bis 1933	122
3.5	Gefundene Entscheidungen des RG Bände 139–170	128
3.6	Gefundene Entscheidungen des PrOVG Bände 89–106 und des RVG Bände 1–2	129
3.7	Auswertungsergebnis NS-Rechtsprechung	131
3.8	Zusammenfassung altrechtlicher Schutzgegenstände	167
4.1	Abwehrbefugnisse von Eigentümer und öffentlichem Sachherrn . . .	210
4.2	Rechtmäßigkeit der Widmung durch Allgemeinverfügung	242
4.3	Sortierung Rechtsprechung seit 1949 nach Partikularrechtsgebiet . .	247
6.1	Kompetenzen der Union im öffentlichen Sachenrecht	341
6.2	Sekundärrechtliche Einschränkungen für öffentl. Sachherrschaft . .	360
6.3	Systematik DA/DGA	372
8.1	Verfassungsvorschriften zur elektronischen Verkündung	432
8.2	Internet-Domains in Bundesgesetzen	433

Abbildungsverzeichnis

1.1	Dinglichkeit im öffentlichen Recht nach <i>Bartels</i>	17
1.2	Verhältnis der Rechtsgegenstände	41
1.3	Untersuchungsgegenstand im <i>Bartels</i> 'schen System	49
3.1	Einteilung der Sachen (res) nach Dig. 1.8.1 pr.	108
3.2	Rechtsobjekte nach <i>Dernburg/Sokolowski</i> S. 117 ff.	116
3.3	Rechtswegbestimmung bei behördlichem Hausverbot	179

Abkürzungsverzeichnis

Neben den hier nachgewiesenen Abkürzungen werden noch allgemeingebrauchliche Abkürzungen sowie – dies gilt namentlich für Zeitschriftenabkürzungen – im juristischen Fachkontext gebräuchliche Abkürzungen genutzt, die in *Kirchner/Böttcher*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Aufl. 2021, gesammelt wiedergegeben werden.

Zur Standangabe ist noch anzumerken, dass es während der Arbeit an dieser Studie zu Veränderungen des Gesetzespublikationswesens sowohl auf der europäischen als auch auf des bundesdeutschen Ebene kam. So erhält jeder seit dem 1. Oktober 2023 publizierte Rechtsakt der Union eine eigene Ausgabe des Amtsblattes, die neu beginnend mit Seite 1 nummeriert wird. Ähnlich verhält es sich mit Bundesrechtsakten, seitdem mit Wirkung zum 1. Januar 2023 auf das elektronische Bundesgesetzblatt umgestellt wurde. In beiden Fällen wird bei Rechtsakten, die nach dem jeweiligen Datum erschienen sind, daher auf die Angabe einer Startseite verzichtet.

AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz v. 27.12.1993 (BGBl. I 1993, S. 2378), zul. g. d. G. v. 17.7.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 164).
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. (EU) C Nr. 202 v. 7.2.2016, S. 47.
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten v. 1794 mit Teil, Titel.
AnlBV	Verordnung über das Anlaufen der inneren Gewässer der Bundesrepublik Deutschland aus Seegebieten seewärts der Grenze des deutschen Küstenmeeres und das Auslaufen v. 18.2.2004 (BGBl. I 2004, S. 300), zul. g. d. V. v. 10.9.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 208).
BArchG	Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes (BGBl. I 2021, S. 4122), zul. g. d. G. v. 20.12.2022 (BGBl. I 2022, S. 2759).
bay	bayerisch.
bayArchivG	Bayerisches Archivgesetz v. 22.12.1989 (bayGVBl. 1989, S. 710), zul. g. d. G. v. 23.12.2025 (bayGVBl. 2025, S. 625).
bayAusglFondsG	Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Bayerischen Staates mit dem vormaligen Bayerischen Königshause v. 9.3.1923 (bayRS IV S. 687).
bayBO	Bayerische Bauordnung v. 14.8.2007 (bayGVBl. 2007, S. 588), zul. g. d. G. v. 23.4.2026 (bayGVBl. 2026, S. 190)

bayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern v. 22.8.1998 (bayGVBl. 1998, S. 796), zul. g. d. G. v. 23.12.2025 (bayGVBl. 2025, S. 637).
bayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz v. 5.10.1981 (bayRS V S. 731), zul. g. d. G. v. 23.12.2025 (bayGVBl. 2025, S. 699).
bayVerf.	Verfassung des Freistaates Bayern v. 15.12.1998 (bayGVBl. 1998, S. 992), zul. g. d. G. v. 11.11.2013 (bayGVBl. 2013, 642).
BayVerfGHE	Entscheidungen des bayerischen Verfassungsgerichtshofs mit Band, Seite.
BayVGHE	Entscheidungen des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Band, Seite.
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz v. 19.6.2009 (BGBl. I 2009, S. 1434), zul. g. d. G. v. 4.2.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 33).
bbg	brandenburgisch.
bbgArchivG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung von öffentlichem Archivgut im Land Brandenburg v. 7.4.1994 (bbgGVBl. I 1994, S. 94), zul. g. d. G. v. 23.4.2026 (bbgGVBl. I 2026, S. 4).
bbgStrG	Brandenburgisches Straßengesetz v. 2.7.2009 (bbgGVBl. I 2009, S. 358), zul. g. d. G. v. 5.3.2024 (bbgGVBl. I 2024, S. 79).
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz v. 30.6.2017 (BGBl. I 2017, S. 2097), zul. g. d. G. v. 6.5.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 149).
BfJG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz (BGBl. I 2006, S. 3171), zul. g. d. G. v. 30.9.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 233).
BFStrMG	Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen v. 12.7.2011 (BGBl. I 2017, S. 1378), zul. g. d. G. v. 15.5.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 148).
BGA-NachfG	Gesetz über Nachfolgeeinrichtungen des Bundesgesundheitsamtes, BGBl. I 1994, S. 1416, zul. g. d. G. v. 22.3.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 102).
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 2.1.2002 (BGBl. I 2002, S. 42), zul. g. d. G. v. 12.5.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 143).
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge v. 17.5.2013 (BGBl. I 2023, S. 1274), zul. g. d. G. v. 29.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 84).
BiopatentRL	Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.7.1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen, ABl. (EG) L Nr. 213 v. 30.7.1998, S. 13.
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (BGBl. I 2023, S. 1354), zul. g. d. G. v. 20.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 95).
BLG	Bundesleistungsgesetz v. 27.9.1961 (BGBl. 1969 I, S. 1769), zul. g. d. G. v. 15.7.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 236).
bln	berlinisch.
BlnAbgH	Abgeordnetenhaus der Stadt Berlin.
blnArchG	Gesetz über die Sicherung und Benutzung von Archivgut des Landes Berlin v. 14.3.2016 (blnGVBl. 2016, S. 96), zul. g. d. G. v. 12.10.2020 (blnGVBl. 2020, S. 807).

blnStrG	Berliner Straßengesetz v. 13.7.1999 (blnGVBl. 1999, S. 380), zul. g. d. G. v. 11.12.2024 (blnGVBl. 2024, S. 618).
BNatschG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege v. 29.7.2009 (BGBl. I 2009, S. 2542), zul. g. d. G. v. 29.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 87).
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst v. 20.12.1990 (BGBl. I 1990, S. 2954 [2979]), zul. g. d. G. v. 2.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 301).
BNotO	Bundesnotarordnung v. 24.2.1961 (BGBl. I 1961, S. 97), zul. g. d. G. v. 10.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 320).
brem	bremisch.
bremArchivG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Bremen v. 13.5.1991 (bremGBI. 1991, S. 159), zul. g. d. G. v. 2.4.2019 (bremGBI. 2019, S. 133).
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.
BSIG	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und über die Sicherheit in der Informationstechnik von Einrichtungen v. 2.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 301), zul. g. d. G. v. 11.03.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 66).
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz, BGBl. I 1990, S. 2954 (2970), zul. g. d. G. v. 9.1.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 7).
bw	baden-württembergisch.
BwHFV	Verordnung über die Gewährung von Heilfürsorge für Soldaten der Bundeswehr v. 11.8.2017 (BGBl. I 2017, S. 3250), zul. g. d. G. v. 20.8.2021 (BGBl. I 2021, S. 3932).
bwLArchG	Gesetz über die Sicherung, Bereitstellung und Nutzung von Archivgut v. 22.07.2025 (bwGBI. 2025 Nr. 70).
CMBC	Bayerisches Landrecht (Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis) v. 1756 mit Teil, Kapitel.
COM	Amtliches Dokument der EU-Kommission, Reihe COM.
CP-RL	Richtlinie 2009/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.4.2009 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen (kodifizierte Fassung), ABl. (EU) L Nr. 111 v. 5.5.2009, S. 16.
CSS	Cascading Style Sheets (Stylesheet-Sprache für Websites), spezifiziert in https://www.w3.org/TR/css-2024/ (abgerufen am 8.6.2026).
DA	Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.12.2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Datenverordnung), ABl. (EU) L Nr. 2023/2854 v. 22.12.2023, S. 1.
DatenbankRL	Richtlinie 96/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken, ABl. (EG) L Nr. 77 v. 27.3.1996, S. 20.
DDG	Digitale-Dienste-Gesetz v. 6.5.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 149), zul. g. d. G. v. 25.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 81).

DID-RL	Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen, ABl. (EU) L Nr. 146 v. 22.5.2019, S. 1.
DMA	Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.9.2022 über bestreithbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte), ABl. (EU) L Nr. 265 v. 12.10.2022, S. 1.
DNG	Gesetz für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors v. 16.7.2021 (BGBl. I 2021, S. 2942).
DNS	Domain Name System (technisches System für Internet-Domains).
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt.
DSA	Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.10.2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. (EU) L Nr. 277 v. 27.10.2022, S. 1.
DS-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. (EU) L Nr. 119 v. 4.5.2016, S. 1.
DSM-RL	Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.4.2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG, ABl. (EU) L Nr. 130 v. 17.5.2019, S. 92.
DWDG	Gesetz über den Deutschen Wetterdienst v. 10.9.1988 (BGBl. I 1988, S. 2871), zul. g. d. G. v. 11.4.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 120).
eCommerceRL	Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. 6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt, ABl. (EG) L Nr. 178 v. 17.7.2000, S. 1.
EFTA Ct. Rep.	EFTA Court Reports mit Band, Seite.
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche v. 21.9.1994 (BGBl. I 1994, S. 2494), zul. g. d. G. v. 30.09.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 233).
EGovG	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung v. 25.7.2013 (BGBl. I 2013, S. 2749), zul. g. d. G. v. 2.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 301).
EG-TransparenzVO	Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.6.2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, ABl. (EG) L Nr. 145 v. 31.5.2001, S. 43.

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, BGBl. II 1957, S. 753 (766 ff.), geändert und umbenannt in Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft durch den Vertrag von Maastricht, BGBl. II 1992, 1251 (1253 ff.); <i>zul. g. durch den Vertrag von Nizza</i> , BGBl. II 2001, 1666 (1667 ff.). Diese Abkürzung bezieht sich folglich auf die durch den Vertrag von Amsterdam 1997 eingeführte Nummerierung.
EGV-Maastricht	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, BGBl. II 1957, S. 753 (766 ff.), <i>geändert und umbenannt in Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft durch den Vertrag von Maastricht</i> , BGBl. II 1992, 1251 (1253 ff.). Die Nummerierung entspricht der des EWGV unter neuem Namen und mit den Änderungen des Maastrichter Vertrags. Sie entspricht damit der Zeit von 1992–1997.
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung v. 30.1.1877 (RGBl. 1877, S. 244), <i>zul. g. d. G. v. 8.12.2025</i> (BGBl. I 2025 Nr. 318).
EinhRSprG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes (BGBl. I 1968, S. 661), <i>zul. g. d. V. v. 31.8.2015</i> , BGBl. I 2015, S. 1747.
EinlaufRL	Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.10.2010 über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG, ABl. (EU) L Nr. 283 v. 29.10.2010, S. 1.
EL	Ergänzungslieferung.
EnforcementRL	Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, ABl. (EG) L Nr. 157 v. 30.4.2004, S. 45.
ErwGr.	Erwägungsgrund.
EU-ABIVO	Verordnung (EU) Nr. 216/2013 des Rates vom 7.03.2013 über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union, ABl. (EU) L Nr. 69 v. 13.3.2013, S. 1, <i>zul. g. d. VO v. 20.2.2024</i> , ABl. (EU) L Nr. 2024/741.
Eur. Law. J. eu-TLD-VO	European Law Journal mit Band, Jahrgang, Seite. Verordnung (EU) 2019/157 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 19.3.2019 über die Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe .eu, zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 der Kommission, ABl. (EU) L Nr. 91 v. 29.3.2019, S. 25.
EUV	Vertrag über die Europäische Union, ABl. (EU) C Nr. 202 v. 7.6.2016, S. 13.
EV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag –, BGBl. II 1990, S. 889 ff.
EVVG	Gesetz über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes v. 27.12.1993 (BGBl. 1993 I, S. 2378), <i>zul. g. d. G. v. 9.6.2021</i> (BGBl. I 2021, S. 1614).

EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, BGBl. II 1957, S. 753 (766 ff.), <i>zul. g. durch die Einheitliche Europäische Akte</i> , BGBl. II 1986, S. 1102 (1104 ff.). Diese Abkürzung bezieht sich folglich auf die ursprüngliche Nummerierung.
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung.
FGO	Finanzgerichtsordnung v. 28.3.2001 (BGBl. I 2001, S. 442), <i>zul. g. d. G. v. 22.12.2025</i> (BGBl. I 2025 Nr. 349).
FischersZ	Fischers Zeitschrift für Praxis und Gesetzgebung der Verwaltung mit Band, Jahrgang, Seite.
FStrG	Bundesfernstraßengesetz v. 28.6.2007 (BGBl. I 2007, S. 1206), <i>zul. g. d. G. v. 29.3.2026</i> (BGBl. I 2026 Nr. 84).
FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr v. 20.7.2023 (BGBl. I 2023 Nr. 199, S. 2 [13]), <i>zul. g. d. V. v. 5.3.2026</i> (BGBl. I 2026 Nr. 63).
G 10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses v. 26.6.2001 (BGBl. I 2006, S. 1254 [2298]), <i>zul. g. d. G. v. 20.3.2026</i> (BGBl. I 2026 Nr. 95).
gem.	gemäß
GeoZG	Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten v. 10.2.2009 (BGBl. I 2009, S. 278), <i>zul. g. d. G. v. 25.2.2021</i> (BGBl. I 2021, S. 306).
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.5.1949 (BGBl. 1949, S. 1), <i>zul. g. d. G. v. 22.3.2025</i> (BGBl. I 2025 Nr. 94).
GruchotsZ	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, hrsg. von Gruchot, mit Jahrgang, Seite.
HansGZ. Beibl.	Hanseatische Gerichtszeitung – Beiblatt mit Jahrgang, Seite.
hess	hessisch.
hessAGBGB	Hessisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch v. 18.12.1984 (hessGVBl. 1984, S. 344), <i>zul. g. d. G. v. 16.9.2025</i> (hessGVBl. 2025 Nr. 57).
hessArchivG	Hessisches Archivgesetz v. 13.10.2022 (hessGVBl. 2022, S. 493).
hessGO	Hessische Gemeindeordnung v. 7.3.2005 (hessGVBl. 2005, S. 142), <i>zul. g. d. G. v. 5.2.2026</i> (hessGVBl. 2026 Nr. 8).
HKV	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Errichtung des Havariekommandos, VkbI. 2003, S. 31.
hmb	Hamburgisch.
hmbArchG	Hamburgisches Archivgesetz v. 21.1.1991 (HmbGVBl. 1991, S. 7), <i>zul. g. d. G. v. 5.3.2025</i> (hmbGVBl. 2025, S. 268).
hmbBauO	Hamburgische Bauordnung v. 6.1.2025 (hmbGVBl. 2025, S. 93), <i>zul. g. d. G. v. 18.11.2025</i> (hmbGVBl. 2025, S. 679).
HmbBü	Hamburgische Bürgerschaft.
HmbJVBl.	Hamburgisches Justizverwaltungsblatt mit Jahrgang, Seite.
hmbVerf.	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg v. 6.6.1952 (hmbGVBl. 1952, S. 117), <i>zul. g. d. G. v. 23.7.2025</i> (hmbGVBl. 2025, S. 488).

HTML	Hypertext Markup Language (Auszeichnungssprache für Websites), spezifiziert in https://html.spec.whatwg.org/multipage/ (abgerufen am 8.6.2026).
IETF	Internet Engineering Task Force.
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes v. 5.9.2005 (BGBl. I 2005, S. 2722), zul. g. d. G. v. 19.6.2020 (BGBl. I 2020, S. 1328).
IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen v. 20.7.2000 (BGBl. I 2000, S. 1045), zul. g. d. G. v. 4.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 60).
InfoSocRL	Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft, ABl. (EG) L Nr. 167 v. 22.6.2001, S. 10.
InfrGG	Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (BGBl. I 2017, S. 3122, zul. g. d. G. v. 22.12.2023 (BGBl. I 2023 Nr. 409)).
InsO	Insolvenzordnung v. 5.10.1994 (BGBl. I 1994, S. 2866), zul. g. d. G. v. 15.7.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 236).
INSPIRE-RL	Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.3.2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE), ABl. (EU) L Nr. 108 v. 25.4.2007, S. 18.
Int. Cybersecur. Law Rev.	International Cybersecurity Law Review mit Jahrgang, Seite.
IT-NetzG	Gesetz über die Verbindung der informationstechnischen Netze des Bundes und der Länder (BGBl. I 2009, S. 2702), zul. g. d. G. v. 19.7.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 245).
IT-Staatsvertrag	Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG v. 13.12.2019 (BGBl. I 2019, S. 2852), zul. g. d. G. v. 23.10.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 326).
JB InfoR	Jahrbuch Informationsfreiheit und Informationsrecht mit Jahrgang, Seite.
JI-RL	Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, ABl. (EU) L Nr. 119 v. 4.5.2016, S. 89.
JMBL. LSA	Justizministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt mit Jahrgang, Seite.
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch v. 4.7.2013 (BGBl. I 2013, S. 1981), zul. g. d. G. v. 9.4.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 97).
KIR	Künstliche Intelligenz und Recht mit Jahrgang, Seite.
KOM	Amtliches Dokument der EU-Kommission, Reihe KOM.
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift mit Jahrgang, Seite.
KUR	Kunst und Recht mit Jahrgang, Seite.

LBG	Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung (BGBl. I 1957, S. 134), zul. g. d. V. v. 19.6.2020 (BGBl. I 2020, S. 1328).
LK-StGB	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, Stand siehe Literaturverzeichnis.
lsa	land-sachsen-anhaltisch.
lsaArchG	Archivgesetz Sachsen-Anhalt v. 28.6.1995 (lsaGVBl. 1995, S. 190), zul. g. d. G. v. 18.2.2020 (lsaGVBl. 2020, S. 25).
LuftVG	Luftverkehrsgesetz v. 10.5.2007 (BGBl. I 2007, S. 698), zul. g. d. G. v. 10.2.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 40).
MarkenRL	Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.12.2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Neufassung), ABl. (EG) L Nr. 336 v. 23.12.2015, S. 1.
Mitt. V.G.N.	Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg mit Band, Jahrgang, Seite.
MsbG	Gesetz über den Messstellenbetrieb und die Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen v. 29.8.2016 (BGBl. I 2016, S. 2034), zul. g. d. G. v. 18.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 347).
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Stand siehe Literaturverzeichnis.
MüKoStGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Stand siehe Literaturverzeichnis.
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Stand siehe Literaturverzeichnis.
mv	mecklenburg-vorpommersch.
mvLArchG	Archivgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern v. 7.7.1997 (mvGVOBl. 1997, S. 282), zul. g. d. G. v. 8.5.2018 (GVOBl. 2018, S. 172).
mvStrWG	Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern v. 3.1.1993 (mvGVBl. 1993, S. 42), zul. g. d. G. v. 14.5.2024 (mvGVBl. 2024, S. 184).
nds	niedersächsisch.
ndsArchG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut in Niedersachsen v. 25.5.1993 (ndsGVBl. 1993, S. 129), zul. g. d. G. v. 27.3.2025 (ndsGVBl. 2025 Nr. 23).
NDÜV	Verordnung über die Übermittlung von Auskünften an die Nachrichtendienste des Bundes v. 11.10.2012 (BGBl. I 2012, S. 2117), zul. g. d. G. v. 12.5.2021 (BGBl. I 2021, S. 990).
NpbDV-VO	Verordnung (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 14.11.2018 über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union, ABl. (EU) L Nr. 303 v. 28.11.2018, S. 59.
nw	nordrhein-westfälisch.
nwArchG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen v. 16.3.2010 (nwGV. 2010, S. 188), zul. g. d. G. v. 16.9.2014 (nwGV. 2014, S. 603).

nwGO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen v. 14.7.1994 (nwGV. 1994, S. 666), zul. g. d. G. v. 10.7.2025 (nwGV. 2025, S. 618).
nwOBG	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden v. 13.5.1980 (nwGV. 1980, S. 528), zul. g. d. G. v. 10.12.2024 (nwGV 2024, S. 1184).
nwStrWG	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen v. 23.9.1995 (nwGV. 1995, S. 1028), zul. g. d. G. v. 10.12.2024 (nwGV. 2024, S. 1184).
nwVerf.	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen v. 28.6.1950 (nwGV. 1950, S. 127), zul. g. d. G. v. 30.6.2020 (nwGV. 2020, S. 644).
öABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch für die gesamten deutschen Erbländer der Oesterreichischen Monarchie v. 1.5.1811 (österreichische Justizgesetzsammlung Nr. 946/1811), zul. g. d. G. v. 29.12.2025 (österreichisches BGBl. I Nr. 111/2025).
OVG RP & SL-E	Amtliche Sammlung von Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Rheinland-Pfalz und Saarland mit Band, Seite.
pass.	passim
PatG	Patentgesetz v. 16.12.1980 (BGBl. I 1981, S. 1), zul. g. d. G. v. 23.10.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 323).
pr	preußisch.
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts mit Band, Seite.
PSI-RL	Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.6.2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung), ABl. (EU) L Nr. 172 v. 26.6.2019, S. 56.
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums v. 20.3.1883, seitdem mehrfach revidiert (BGBl. II 1970, S. 391).
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 9.9.1886, seitdem mehrfach revidiert (BGBl. II 1973, S. 1071).
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen v. 12.12.2007 (BGBl. I 2007, S. 2840), zul. g. d. G. v. 10.3.2023 (BGBl. I 2023 Nr. 64).
RDl	Recht Digital mit Jahrgang, Seite.
RFC	Request for Comments (technischer Standard der IETF) mit Nr. Anhand der Nr. abrufbar unter https://datatracker.ietf.org/ (abgerufen am 8.6.2026).
rlp	rheinland-pfälzisch.
rlpArchG	Landesarchivgesetz v. 5.10.1990 (rlpGVBl. 1990, S. 277), zul. g. d. G. v. 11.2.2026 (rlpGVBl. 2026, S. 52).
RV	Reichsverfassung von 1871 (sog. Bismarck-Verfassung).
RVGE	Entscheidungen des Reichsverwaltungsgerichts mit Band, Seite.
saarl	saarländisch.

saarlArchG	Gesetz Nr. 1296 – Saarländisches Archivgesetz v. 23.9.1992 (saarABl. 1992, S. 1094), zul. g. d. G. v. 22.8.2018 (saarABl. 2018, S. 674).
saarlKSVG	Gesetz Nr. 788 – Kommunalselbstverwaltungsgesetz v. 27.6.1997 (saarABl. 1997, S. 682), zul. g. d. G. v. 12.11.2025 (saarABl. I 2025, S. 1086).
sächs	sächsisch.
sächsArchG	Archivgesetz für den Freistaat Sachsen v. 17.5.1993 (sächsGVBl. 1993, S. 449), zul. g. d. G. v. 19.8.2022 (sächsGVBl. 2022, S. 486).
sächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung v. 9.3.2018 (sächsGVBl. 2018, S. 62), zul. g. d. G. v. 27.6.2025 (sächsGVBl. 2025, S. 285).
sächsStrG	Sächsisches Straßengesetz v. 21.1.1993 (sächsGVBl. 1993, S. 83), zul. g. d. G. v. 20.8.2019 (SächsGVBl. 2019, S. 762).
sächsVerf.	Verfassung des Freistaates Sachsen v. 27.5.1992 (sächsGVBl. 1992, S. 243), zul. g. d. G. v. 11.7.2013 (sächsGVBl. 2013, S. 502).
SchBG	Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (BGBl. I 1956, S. 899), zul. g. d. G. v. 13.5.2015 (BGBl. I 2015, S. 706).
SchutzdauerRL	Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte (kodifizierte Fassung), ABl. (EG) L Nr. 372 v. 27.12.2006, S. 12.
SEC	Amtliches Dokument der EU-Kommission, Reihe SEC.
SeeAufgG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt v. 17.6.2016 (BGBl. I 2016, S. 1489), zul. g. d. G. v. 2.7.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 156).
SeeSchMpG	Gesetz über das Verfahren für die elektronische Abgabe von Meldungen für Schiffe im Seeverkehr über das Zentrale Meldeportal des Bundes v. 30.6.2017 (BGBl. I 2017, S. 2190).
SeuffArch	J. A. Seuffert's Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten mit Jahrgang, Seite.
sh	schleswig-holsteinisch.
shLArchG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes in Schleswig-Holstein v. 11.8.1992 (shGVBl. 1992, S. 444), zul. g. d. G. v. 2.5.2018 (shGVBl. 2018, S. 162).
StGB	Strafgesetzbuch v. 13.11.1998 (BGBl. I 1998, S. 3322), zul. g. d. G. v. 23.2.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 46).
StPO	Strafprozeßordnung v. 7.4.1987 (BGBl. I 1987, S. 1074 [1319]), zul. g. d. G. v. 23.2.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 46).
StromStG	Stromsteuergesetz v. 24.3.1999 (BGBl. I 1999, S. 378), zul. g. d. G. v. 22.12.2025 (BGBl. I 2025 Nr. 340).
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BGBl. I 2021, S. 4129), zul. g. durch G. v. 20.12.2022 (BGBl. I 2022, S. 2759).
SÜG	Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen v. 20.4.1994 (BGBl. I 1994, S. 867), zul. g. d. G. v. 11.1.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 6).
SWD	Amtliches Dokument der EU-Kommission, Reihe SWD.

TabStG	Tabaksteuergesetz v. 15.7.2009 (BGBl. I 2009, S. 1870), zul. g. d. G. v. 24.10.2022 (BGBl. I 2022, S. 1838).
TDDDG	Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien (BGBl. I 2021, S. 1982), umbenannt in Gesetz über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei digitalen Diensten durch Art. 8 Nr. 1 G v. 6.5.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 149), zul. g. d. G. v. 9.1.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 7).
thür	thüringisch.
thürArchG	Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut v. 29.6.2018 (thürGVBl. 2018, S. 308).
thürStrG	Thüringer Straßengesetz v. 7.5.1993 (thürGVBl. 1993, S. 273), zul. g. d. G. v. 30.12.2025 (thürGVBl. 2025, S. 19).
TKG	Telekommunikationsgesetz v. 23.6.2021 (BGBl. I 2021, S. 1858), zul. g. d. G. v. 11.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 66).
TLD	Top-Level-Domain.
TRIPs	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, BGBl. II 1994, S. 1730.
UI-RL	Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.1.2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates, ABl. (EU) L Nr. 41 v. 14.2.2003, S. 26.
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte v. 9.9.1965 (BGBl. I 1965, S. 1273), zul. g. d. G. v. 26.5.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 157).
URL	Uniform Resource Locator (technischer Standard für Internetressourcen, vor allem Websites, s. RFC 3986).
UZwGBw	Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen, BGBl. I 1965, S. 796, zul. g. d. G. v. 9.1.2026, BGBl. I 2026 Nr. 7.
v.	vom.
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen v. 9.2.2005 (BGBl. I 2005), S. 205, zul. g. d. G. v. 4.5.2021 (BGBl. I 2021, S. 882).
VkBkmG	Gesetz über die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen und über Bekanntmachungen v. 20.12.2022 (BGBl. I 2022, S. 2752).
VSA	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum materiellen Geheimschutz (Verschlussachenanweisung) v. 13.3.2023, GMBI. 2023, S. 542.
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung v. 19.3.1991 (BGBl. I 1991, S. 686), zul. g. d. G. v. 23.4.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 111).
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz v. 23.1.2003 (BGBl. I 2003, S. 102), zul. g. d. G. v. 15.7.2024 (BGBl. I 2024 Nr. 236).
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz v. 27.4.1953 (BGBl. 1953, S. 157), zul. g. d. G. v. 10.8.2021 (BGBl. I 2021, S. 3436).
WarenkaufRL	Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG, ABl. (EU) L Nr. 136 v. 22.5.2019, S. 28.

WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts v. 31.7.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585), zul. g. d. G. v. 29.3.2026 (BGBl. I 2026 Nr. 84).
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs v. 11.8.1919 (Weimarer Reichsverfassung) (RGBl. 1919, S. 1383).
Württ. Arch. f. R.	Württembergisches Archiv für Recht und Rechtsverwaltung mit Einschluss der Administrativjustiz mit Jahrgang, Seite.
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge v. 23.5.1969, BGBl. II 1985, S. 926 (939).
WVMBL.	Amtsblatt des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr.
ZGI	Zeitschrift für das gesamte Informationsrecht mit Jahrgang, Seite.
ZPO	Zivilprozessordnung v. 5.12.2005 (BGBl. I 2005, S. 3202), zul. g. d. G. v. 8.12.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 319).
zul. g. d. G. v	zuletzt geändert durch Gesetz vom.
zul. g. d. V. v	zuletzt geändert durch Verordnung vom.

Einleitung

Diese Arbeit dient der Ehrenrettung eines vielgescholtenen Rechtsgebiets. Seit das OVG Münster¹ im Rahmen des Hamburger Stadtsiegelfalles ihm 1993 die Anerkennung verweigerte, hat die Literatur nicht an abfälligen Aussagen über das öffentliche Sachenrecht gespart. *Ehlers* nannte es einen „Trümmerhaufen“², *Axer* nahm „Abschied“³ von ihm und *Bauer* verunglimpfte es gar als „Chimäre“⁴. Grund sind die auf den ersten Blick nicht erkennbaren rechtsdogmatischen Wurzeln, die zu der unter diesen und weiteren Autoren verbreiteten Annahme geführt haben, das öffentliche Sachenrecht verletzte den Vorbehalt des Gesetzes. Damit scheint schwer vereinbar, dass bis zu dem genannten Rechtsfall nennenswerte Kritik an dem Rechtsgebiet nicht aufgekommen war, es sich vielmehr seit vielen Jahrzehnten der Behandlung in führenden Lehrbüchern erfreute⁵ und dort auch weiterhin präsent ist,⁶ wenngleich die Behandlung seit dem genannten Rechtsfall deutlich kritischer geworden ist und den Vorbehalt des Gesetzes explizit hervorhebt.⁷ Die „Traditionalisten“ sind in die Defensive geraten und werfen dieser Haltung vor, vampirhaft „nach einer neuen Gesetzesflut zu dürsten“⁸.

Vampire und Chimären sind als Fabelwesen weder geeignet, dem legitimen Anliegen des öffentlichen Sachenrechts, dem Staat bestimmte Güter zu erhalten, zu genügen, noch können sie den nicht minder legitimen Anforderungen des Grundgesetzes gerecht werden. Sie können das rechtsdogmatische Argument nicht ersetzen. Diese Arbeit bestreitet nicht den Vorbehalt des Gesetzes. Sie weist aber nach, dass das OVG Münster im Hamburger Stadtsiegelfall zu kurz gesprungen ist, als es das öffentliche Sachenrecht auf Gewohnheitsrecht reduzierte und solches dann mangels erkennbarer Praxis verwarf. Sie geht auch nicht den Weg, solches Gewohnheitsrecht anhand einer Handvoll Gerichtsentscheidungen nachzuweisen.⁹

¹ OVG Münster, NJW 1993, S. 2635 – Hamburger Stadtsiegel.

² *Ehlers*, NWVBl. 1993, S. 327 (Aufsatzüberschrift).

³ *Axer*, Schlüsselbegriff, 1994, S. 218.

⁴ *Bauer*, in: Festschrift Merli, 2023, S. 335 (343).

⁵ Exemplarisch *Forsthoff*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 1973¹⁰, S. 373 ff. *Weber*, VVDStRL 21 (1964), S. 145 (145) hielt die öffentliche Sache sogar für ein fest etabliertes Institut des Verwaltungsrechts.

⁶ Vgl. *Papier/Durner*, in: Allgemeines Verwaltungsrecht, 2022¹⁶, § 38; *Wolff/Bachof/u. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 74.

⁷ Vgl. *Wolff/Bachof/u. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 76 Rn. 5.

⁸ *Germann*, AöR 128 (2003), S. 458 (472).

⁹ So geht namentlich *Wernecke*, AcP 195 (1995), S. 445 (456 ff.) vor.

Stattdessen geht diese Arbeit zurück zu den Wurzeln, dorthin, wo das öffentliche Sachenrecht seinen Anfang nahm: in die alten Partikularrechte, insbesondere das Gemeine Recht. Nur dort wird verständlich, warum das öffentliche Sachenrecht die Form jener tradierten Lehre angenommen hat, die von den oben angeführten Vertretern ignis ferrumque bekämpft wird. Und nur mit den dort gesammelten Erkenntnissen kann der „Trümmerhaufen“¹⁰ des öffentlichen Sachenrechts wieder in einer dogmatisch akzeptablen Form aufgerichtet werden.

Denn dies ist das Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit: Die Vorstellung eines mit dem geltenden Recht vereinbaren, aus diesem selbst hergeleiteten Systems des öffentlichen Sachenrechts. Das hat ein Rechtsgebiet, dem schon vor Inkrafttreten des Grundgesetzes attestiert wurde, dass es „unferti[g]“¹¹ sei und einer „durchgängigen Systematik ermangelt“¹², bitter nötig. Dieses System ist mit der tradierten Lehre vom öffentlichen Sachenrecht nicht identisch. Es schöpft jedoch in großem Umfang aus ihr und bereinigt sie um ihre rechtsstaatlichen Defizite. So ist es unter den hier vorgestellten Regeln nicht mehr möglich, Akten der Verwaltung einfach so zu öffentlichen Sachen zu widmen.¹³ Es bestehen aber auch keine Bedenken dagegen, Archivalien wie das Hamburger Stadtsiegel zur öffentlichen Sache zu machen, wenn – wie in Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – gewisse Rahmenbedingungen eingehalten werden. Die dortigen archivrechtlichen Regelungen werden entgegen *Janssen*¹⁴ in dieser Arbeit nicht für verfassungswidrig gehalten. Zudem ergibt sich auch ohne neuerliches Tätigwerden des Gesetzgebers in gewissen Bereichen, wenn auch nicht bei Archivalien, eine Möglichkeit zur Widmung, wenn das jeweilige Partikularrecht es zulässt. Diese Fälle vorkonstitutioneller Regelungen sind in der Anwendung des von dieser Arbeit vorgestellten Systems vermutlich die schwierigsten.

Dieses System beschränkt sich aber nicht auf solche altrechtlichen Fragen. Es bewährt sich auch deshalb, weil sich in einer Anzahl von teils obskuren Gesetzen, die herkömmlicherweise weder überhaupt untersucht noch spezifisch mit dem öffentlichen Sachenrecht in Verbindung gebracht werden, seine Merkmale nachweisen lassen und öffentliche Sachherrschaft errichtet wird. Betroffen sind das Bevölkerungsschutzrecht – insbesondere das BLG –, das Eisenbahnrecht und das schon angesprochene Archivrecht. Darin zeigt sich, dass das öffentliche Sachenrecht nach wie vor eine wichtige Aufgabe im Verwaltungsrecht der Bundesrepublik Deutschland erfüllt.

Speziell hervorgehoben und einmal knapp zusammengefasst seien insoweit die in dieser Arbeit vorgestellten großen Linien des Systems des öffentlichen Sachenrechts; für einen etwas kleinteiligeren Überblick sei auf die Thesenzusammenstellung im Schlusskapitel verwiesen:

¹⁰ Ehlers, NWVB1. 1993, S. 327 (Aufsatzüberschrift).

¹¹ Maunz, Hauptprobleme, 1933, S. 1.

¹² Forsthoff, AöR 70 (1940), S. 209 (220).

¹³ Vgl. den Fall bei OVG Greifswald, NVwZ-RR 2009, S. 76 – Akten im Kindergarten.

¹⁴ Janssen, ThürVB1. 2020, S. 105 (111 f.).

- Es wird die öffentliche Sachherrschaft als absolutes Recht des öffentlichen Rechts definiert.
- Von dieser Definition ausgehend ist das Recht der öffentlichen Sachen vom Recht der öffentlichen Einrichtungen scharf abzutrennen. Es wirkt abwehrend und sacherhaltend, während dem Recht der öffentlichen Einrichtungen die Aufgabe der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit zukommt.
- So abwehrrechtlich verstanden ist das öffentliche Sachenrecht – die sog. Theorie des modifizierten Privateigentums eingeschlossen – insbesondere vor Art. 14 GG, aber auch vor den anderen Grundrechten verfassungskonform. Dazu gehört es, die Widmung durch Allgemeinverfügung gegen den Eigentümerwillen als Administrativenteignung einzustufen.
- Die herkömmlichen „Gebrauchsbegriffe“ (Gemeingebrauch, Anstaltsgebrauch, Verwaltungsgebrauch) werden als für das öffentliche Sachenrecht irrelevant erwiesen.
- Die so verstandene öffentliche Sachherrschaft kann als Grundlage für das öffentliche Hausrecht herangezogen werden.

Auf der Grundlage dieses Systems weist diese Arbeit sodann die Möglichkeit digitaler öffentlicher Sachen nach. Sicherlich streitbar ist insoweit der von dieser Arbeit unternommene Versuch, die vorkonstitutionellen partikularrechtlichen Regelungen auf digitale Räume – vor allem staatliche Websites – anzuwenden. Weniger kontrovers dürfte dagegen der Nachweis digitaler öffentlicher Sachen in den geltenden Gesetzen zum Digitalrecht sein. Im Digitalbereich war schließlich schon früher öffentliches Sachenrecht für Open Government Data ins Spiel gebracht worden,¹⁵ und tatsächlich findet man es im EGovG – entgegen *Martini/Damm* allerdings nicht im GeoZG. Ein beliebiges gesetzesfreies Widmungsrecht, wie von der Studie des BMI zum Open-Data-Portal¹⁶ behauptet, gibt es allerdings nicht. Endlich hat das vorgestellte System auch Potential, wenn es um geheime Staatsdaten geht. In diesem Kontext hat bisher niemand das öffentliche Sachenrecht herangezogen. Die Debatte um den Einsatz des Urheberrechts zur Unterbindung der Publikation der sog. Afghanistan-Papiere der Bundeswehr¹⁷ hat indes gezeigt, dass in der Rechtsordnung ein Defizit besteht, weil bei näherem Hinsehen das Urheberrecht schon wegen fehlender Schöpfungshöhe ein untaugliches Instrument zur Erreichung des im Allgemeininteresse stehen Geheimhaltungsziels darstellt. Da das SÜG, welches im Laufe dieser Arbeit ebenfalls analysiert wird, entsprechenden Schutz nicht gewährleistet, dies aber bei Zugrundelegung des hier vorgestellten Systems verfassungskonform tun könnte, weist das vorgestellte System insoweit über den legisferierten Stand hinaus.

Ebenfalls ganz unabhängig von den altrechtlichen Regelungen ist die von dieser Arbeit für den Digitalbereich vorgenommene Übernahme des dreigliedrigen

¹⁵ Vgl. *Martini/Damm*, DVBl. 2013, S. 1 (6 f.).

¹⁶ Bundesministerium des Innern, Open Government Data Deutschland, 2012, S. 112 ff.

¹⁷ Vgl. BGH, NJW 2020, S. 2547 – Afghanistan-Papiere II; monographisch *Düwel*, Das Urheberrecht als Mittel staatlicher Geheimhaltung, 2020.

Informationsbegriffs *Zechs*¹⁸ in das öffentliche Recht. Dies erweist sich für die Analyse der verschiedenen Gesetze als fruchtbringend und erlaubt es, die „Grundsatzkontroverse“¹⁹ zu der Frage, ob das IFG eigentlich ein Informationsweiterverwendungsrecht enthält, aufzulösen. Auf der Grundlage dieses Modells ist zudem ein „öffentliches Immaterialgüterrecht“²⁰ errichtbar, welches im geltenden Recht allerdings, wie diese Arbeit nachweist, nur in seltenen Fällen – insbesondere durch §§ 12, 12a EGovG – verwirklicht ist. Diese Erkenntnisse können etwa dabei helfen, das staatliche Geheimschutzrecht z. B. des SÜG zu reformieren, um die bei den Afghanistan-Papieren zutage getretenen Defizite des Urheberrechts zu beseitigen oder die schon vor dem BVerfG²¹ angelangte Frage besser zu beantworten, wie der Staat eigentlich mit IT-Sicherheitslücken umgehen soll. Diese Arbeit versteht sich insoweit als ein Beitrag zu dem derzeit im Entstehen begriffenen neuen Rechtsgebiet des „Datenwirtschaftsrechts“²² aus öffentlich-rechtlicher Perspektive. Da die staatliche Geheimschutzproblematik bisher fast immer nur zivil- und insbesondere urheberrechtlich gewürdigt wurde,²³ schließt die vorliegende Arbeit hier eine Lücke.

Insoweit lauten die zentralen Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit im Digitalbereich:

- Den Ländern kommt auch im Digitalbereich die Kompetenz zur Regelung des öffentlichen Sachenrechts zu.
- Öffentliches Immaterialgüterrecht bezeichnet die Errichtung öffentlicher Sachherrschaft an Information.
- Der dreigliedrige Informationsbegriff *Zechs* gilt auch im öffentlichen Recht. Öffentliche Sachherrschaft an struktureller Information ist dabei mit dem herkömmlichen öffentlichen Sachenrecht identisch. Öffentliche Sachherrschaft an semantischer und syntaktischer Information ist möglich, unterfällt aber unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Anforderungen.
- Das Europarecht lässt den Mitgliedstaaten noch immer genügend Freiraum zur Errichtung öffentlicher Sachherrschaft an Information.
- Der Inhaber öffentlicher Sachherrschaft an Programmcode ist zugleich Inhaber eines öffentlich-rechtlichen „virtuellen Hausrechts“ an dem von diesem Programmcode errichteten virtuellen Raum.

Das vorgestellte System beruht angesichts der nur fragmentarischen Regelung der durch die Verwaltung genutzten und von ihr bereitgehaltenen Gegenstände in Teilen auf Rechtsfortbildung im Lückenbereich, bei der auf die tradierte Lehre

¹⁸ *Zech*, Information als Schutzgegenstand, 2012, S. 46 ff.

¹⁹ *Richter*, DNG, 2023², § 2 Rn. 14.

²⁰ *von Lewinski*, in: Informationen der öffentlichen Hand, 2014, S. 437 (458).

²¹ BVerfGE 158, S. 170 – IT-Sicherheitslücken.

²² Vgl. *von Lewinski*, Die Matrix des Datenschutzes, 2014, S. 53; *Steinrötter*, in: Festschrift Taeger, 2020, S. 491 (491).

²³ *Goldhammer*, DÖV 2024, S. 994 (996).

zurückgegriffen wird. Diese Rechtsfortbildungen kann man ablehnen oder anders vornehmen, wie es insbesondere der BGH²⁴ im Eisenbahnrecht handhabt. Seine Rechtsfortbildung überzeugt aus an gegebener Stelle noch auszuführenden Gründen aber nicht. Insoweit bewahrheitet sich die Vorhersage *Salzwedels*, dass ein System des öffentlichen Sachenrechts sich wesentlich leichter anhand der tradierten Lehre als gegen sie entwickeln lasse.²⁵ Diese Arbeit akzeptiert das und entwickelt dieses System aus ihr heraus.

Die Untersuchung gliedert sich in vier Teile. Der erste Teil schafft begriffliche Grundlagen. Sein einziges Kapitel definiert nach einer Auseinandersetzung mit den bisherigen Theorien zum öffentlichen Sachenrecht den Begriff der öffentlichen Sachherrschaft und konturiert auf Basis dieser Definition das Rechtsgebiet des öffentlichen Sachenrechts. Dieses wird insbesondere vom Recht der öffentlichen Einrichtungen abgegrenzt und die „Gebrauchsbegriffe“ (Verwaltungsgebrauch, etc.) aus ihm ausgeschieden. Widmung und Einziehung werden definiert. Anschließend erfolgt die Vorstellung und Übernahme des *Zech*’schen dreigliedrigen Informationsbegriffs in das öffentliche Sachenrecht. Dieser erste Teil arbeitet auf einer rein definitorisch-begrifflichen Ebene und stellt die Merkmale vor, die Regelungen aufweisen müssen, um als öffentliches Sachenrecht zu gelten. Aus ihm können keine Rechtsfolgen abgeleitet werden, sondern er schafft Begriffe für vorhandene Rechtsfolgen.

Der zweite und dritte Teil beschäftigen sich mit dem Nachweis der im ersten Teil geschaffenen Systematik im geltenden Recht. Der zweite Teil betrifft die analogen, der dritte Teil die digitalen öffentlichen Sachen. Soweit, wie sinnvoll möglich, wurden beide Teile parallel aufgebaut, um einen einfachen Vergleich der Rechtslage zu ermöglichen. Dazu beginnen sie jeweils mit der Untersuchung der verfassungs- und europarechtlichen Kompetenzlage, blicken dann auf die vorkonstitutionellen Regelungen und schließlich auf zweifelsfrei heute geltende Gesetze. Dabei ist zu betonen, dass die dort untersuchten Gesetze dem besonderen Verwaltungsrecht entstammen und die Auswahl der Gesetze nicht als abschließend zu verstehen ist – öffentliche Sachherrschaft kann sich auch in weiteren Gesetzen finden, die diese Arbeit nicht beleuchtet. Ein Werk wie das vorliegende kann aus Gründen des Umfangs nicht das gesamte besondere Verwaltungsrecht erklären. Mit den im ersten Teil vorgestellten Mitteln können diese Gesetze aber darauf untersucht werden, ob sie dem Rechtsgebiet der öffentlichen Sachen angehören. Der vierte Teil enthält ein die wesentlichen Thesen zusammenfassendes Schlusskapitel.

Zum Abschluss dieser Einleitung seien noch einige sprachliche Konventionen dargelegt. Der Einfachheit halber nutzt diese Arbeit die Begriffe „öffentliches Sachenrecht“ und „Recht der öffentlichen Sachen“ synonym. Auch wenn manche Autoren²⁶ die Begriffe unterscheiden wollen, besteht unter diesen keine Einig-

²⁴ BGHZ 226, S. 49 (Rn. 28 ff.) – Halle-Hettstedter-Eisenbahn.

²⁵ *Salzwedel*, DÖV 1963, S. 241 (251).

²⁶ Etwa *Niehues*, Dinglichkeit im Verwaltungsrecht, 1963, S. 17 f., 43 f.; *Axer*, Schlüsselbegriff, 1994, S. 23 f.; *Christoph*, Hausrecht, 1996, S. 98 f.

keit über die Abgrenzungskriterien, sodass die Aufgabe der Differenzierung am sinnhaftesten erscheint. Bei den verschiedentlich zu zitierenden Verwaltungsverfahrensgesetzen meint die Bezeichnung „VwVfG“ immer das VwVfG des Bundes, „LVwVfG“ das einschlägige VwVfG eines potentiell variierenden einzelnen Bundeslandes und mit „(L)VwVfG“ werden Fälle bezeichnet, in denen je nach Fallgestaltung das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes oder eines Landes einschlägig ist. Generell werden der Lesbarkeit halber alle diese Abkürzungen nur mit § zitiert, obwohl Bayern Artikel (mit gleicher Nummerierung) verwendet; dadurch werden komplizierte Wortbildungen wie „§ /Art. 35 (L)VwVfG“ vermieden. Soweit auf die Regelung eines bestimmten Bundeslandes Bezug genommen wird, wird ein bundeslandspezifisches Präfix wie „hmb“ und die amtliche Nummerierungsbezeichnung genutzt (also etwa „§ 1 hmbVwVfG“ oder „Art. 1 bayVwVfG“); die verwandten Abkürzungen können dem Abkürzungsverzeichnis entnommen werden.

Diese Arbeit zitiert eine Vielzahl teils obskurer Rechtsvorschriften wie etwa die EinlaufRL. Um die Lesbarkeit des Textes zu erhöhen, sind die vollständigen Bezeichnungen und Fundstellen aller noch gültigen, mit Abkürzung zitierten Rechtsakte zentral im Abkürzungsverzeichnis nachgewiesen. Rechtsaktfundstellen finden sich nur dann in Fußnoten, wenn es sich um außer Kraft getretene oder um Änderungsvorschriften handelt.

Erster Teil

Begriffsbildung

§ 1 Begriffsbildung

A. Begriff der Öffentlichen Sache

Bei der öffentlichen Sache handelt es sich um einen von der Wissenschaft entwickelten Begriff, nicht um einen gesetzlichen.¹ Lediglich § 35 S. 2 Var. 2 (L)VwVfG nimmt auf die „öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer Sache“ Bezug, wofür als Standardbeispiel die Widmung einer Sache zur öffentlichen angenommen wird,² ohne dass die Norm nähere Auskunft über die Voraussetzungen und Rechtswirkungen solcher öffentlich-rechtlicher Eigenschaften geben würde. Nach dem traditionsreichen Lehrbuch von *Wolff u.a.* sollen öffentliche Sachen u.a. sein Straßen, Wasserläufe, Deichanlagen, Bibliotheken, Büromaterialien und Fahrzeuge der öffentlichen Verwaltung.³ Verschiedentlich ist angesichts dieser Vielfalt die Einheitlichkeit des öffentlichen Sachenrechts als Rechtsgebiet insgesamt in Frage gestellt worden.⁴ Diese Unklarheiten machen es notwendig, zu Beginn der Arbeit den Untersuchungsgegenstand eindeutig festzulegen.

I. Lehren vom öffentlichen Sachenrecht

1. Die tradierte Lehre

Die tradierte Lehre, die hier deshalb so bezeichnet werden soll, weil sie bis zum Hamburger Stadtsiegel⁵ kaum hinterfragt wurde, geht davon aus, dass für öffentliche Sachen die Theorie des modifizierten Privateigentums gelte.⁶ Danach lastet auf den öffentlichen Sachen eine Dienstbarkeit des öffentlichen Rechts, die bestimmte Nutzungsrechte gewährt und gleichzeitig die privatrechtlichen Eigentümerbefugnisse in ihrem Umfang verdrängt.⁷ Insoweit ist die Rede von einer

¹ *Stern*, VVDStRL 21 (1964), S. 183 (183); *Forsthoff*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 1973¹⁰, S. 377; *Pappermann/Löhr/Andriske*, Recht der öffentlichen Sachen, 1987, S. 1.

² *Stelkens/Bonk/Sachs/Stelkens*, 2023¹⁰, VwVfG § 35 Rn. 320.

³ *Wolff/Bachof/u. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 74 Rn. 2.

⁴ Namentlich von *Axer*, Schlüsselbegriff, 1994, S. 224; ähnlich *Stelkens/Bonk/Sachs/Stelkens*, 2023¹⁰, VwVfG § 35 Rn. 320.

⁵ Vgl. OVG Münster, NJW 1993, S. 2635 – Hamburger Stadtsiegel.

⁶ *Wolff/Bachof/u. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 76 Rn. 2.

⁷ BGHZ 9, S. 373 (383) – Brückentrümmer im Mittellandkanal; BVerwGE 159, S. 337 (Rn. 44) – Meeresstrand; VGH München, BayVBl. 1994, S. 441 (442) – Widmung einer Bahnanlage; *Häde*, JuS 1993, S. 113 (115); *Durner*, in: Handbuch des Verwaltungsrechts VII, 2025, § 214 Rn. 22; *Wolff/Bachof/u. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 76 Rn. 4; *Siegel*, Allgemeines

Janusköpfigkeit der öffentlichen Sachen als „Zwittergebilde“ aus öffentlichem und privatem Recht und einer einer „Doppelrolle“ des Staats, der die öffentlichen Sachen stets verwaltet und zugleich deren privatrechtlicher Eigentümer sein kann.⁸ Die Belastung wird nicht vom Erlöschen der Rechte Dritter im Rahmen des gutgläubigen Erwerbs gem. § 936 BGB erfasst⁹ und ist mit einem dinglichen Herausgabeanspruch des öffentlichen Sachherrn ebenso verbunden¹⁰ wie mit einem Recht zum Besitz nach § 986 BGB.¹¹ Gleichwohl ist die so belastete Sache nicht verkehrsunfähig, sondern kann durchaus den privatrechtlichen Eigentümer wechseln.¹² In Anwendung dieser Grundsätze ist zum Beispiel vertreten worden, dass es sich bei den Büchern staatlicher öffentlicher Bibliotheken um öffentliche Sachen handle, an denen die genannten Merkmale der tradierten Lehre bis hin zum öffentlich-rechtlichen Herausgabeanspruch bestünden.¹³

Ob sich der Sachbegriff dieser tradierten Lehre mit dem des § 90 BGB deckt, ist dabei umstritten,¹⁴ Einigkeit besteht jedoch insoweit, dass die Regelungen über Sachzusammenhänge in §§ 93 ff. BGB keine Anwendung finden.¹⁵

Die tradierte Lehre ist mit dem bereits erwähnten Hamburger Stadtsiegel in die Defensive geraten. Das zeigt sich gut am Lehrbuch von *Wolff u.a.*; vertrat

Verwaltungsrecht, 2024¹⁵, § 29 Rn. 1072; *Wieling*, Sachenrecht I, 2006², S. 66 f.; *Zippelius*, DÖV 1958, S. 838 (839); *Wittig*, DVBl. 1969, S. 680 (680 f.); *Schmidt-Jortzig*, NVwZ 1987, S. 1025 (1028); *Klappert*, DÖV 2016, S. 857 (862).

⁸ Vgl. *Stern*, VVDStRL 21 (1964), S. 183 (187 f.) m.w.N. (dort auch die Zitate).

⁹ VGH München, BayVBl. 1994, S. 441 (442) – Widmung einer Bahnanlage; VG Köln, NJW 1991, S. 2584 (2585) – Hamburger Stadtsiegel; *Frotscher*, VerwArch 62 (1971), S. 153 (154); *Kirchner*, in: Festschrift Dau, 1992, S. 71 (77); *Detterbeck*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 2025²³, § 19 Rn. 971; *Salzwedel*, in: Allgemeines Verwaltungsrecht, 1995¹⁰, § 42 Rn. 8; *Staudinger/Heinze*, BGB § 936 Rn. 3 (Stand: Neubearb. 2020); *Staudinger/Stieper*, BGB Vorb. §§ 90 ff. Rn. 18 (Stand: Neubearb. 2021).

¹⁰ *Wieling*, Sachenrecht I, 2006², S. 67; *Wernecke*, AcP 195 (1995), S. 445 (454 f.); VG Köln, NJW 1991, S. 2584 (2585 f.) – Hamburger Stadtsiegel; vgl. auch BVerfGE 145, S. 365 (Rn. 30) – Aktion „Geschäftsfreund“.

¹¹ BayObLG, BayVBl. 1981, S. 438 (440) – St. Salvator; *Klappert*, DÖV 2016, S. 857 (862); *Hardinghaus*, Öffentliche Sachherrschaft, 1966, S. 101; *Mainusch*, Die öffentlichen Sachen, 1995, S. 126; *Christoph*, Hausrecht, 1996, S. 121. Die bei *Hardinghaus* zitierte Entscheidung des RG gibt für diese Meinung allerdings nichts her, wie *Merli*, Öffentliche Nutzungsrechte, 1995, S. 62 mit Fn. 33 herausgearbeitet hat.

¹² RGZ 31, S. 217 (220) – Rittergut.

¹³ Etwa bei *Nitze*, Bibliotheken, 1967, S. 156 ff. (insbesondere 159); *Kirchner*, in: Festschrift Dau, 1992, S. 71 (75 ff., 79).

¹⁴ Dagegen *Pappermann/Löhr/Andriske*, Recht der öffentlichen Sachen, 1987, S. 4; *Häde*, JuS 1993, S. 113 (113); *Schmidt-Jortzig*, NVwZ 1987, S. 1025 (1027); *Siegel*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 2024¹⁵, § 29 Rn. 1068; dafür *Papier/Durner*, in: Allgemeines Verwaltungsrecht, 2022¹⁶, § 38 Rn. 4; *Weber*, VVDStRL 21 (1964), S. 145 (173); differenzierend *Zippelius*, DÖV 1958, S. 838 (840).

¹⁵ Vgl. BVerwGE 112, S. 237 (242) – S-Bahn-Tunnelanlage; *Wolff/Bachofu. a.*, Verwaltungsrecht II, 2023⁸, § 74 Rn. 4; *Papier/Durner*, in: Allgemeines Verwaltungsrecht, 2022¹⁶, § 38, S. 5; *Guckelberger*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 2023¹¹, § 30 Rn. 1; *Forsthoff*, Lehrbuch des Verwaltungsrechts I, 1973¹⁰, S. 378.

Sachregister

- Access-Provider, 417–421
- Administrativenteignung, 229
- Akte, 147, 189, 216, 240, 244
- Aktualisierung
 - als Grundrechtseingriff, 203, 212, 213
 - Begriff, 202
 - bei Information, 388
 - im Eisenbahnrecht, 268
 - im StUG, 296
 - im Urheberrecht, 409
 - Übermaßverbot, 205, 212, 225, 383
 - Parlamentsvorbehalt, 215
 - Revision, 248
- Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten, *siehe* ALR
- Allgemeinverfügung
 - Adressat, 61, 238
 - Außenwirkung, 286
 - bei Information, 430
 - bei Internet-Domain, 442
 - Bekanntgabe, 206
 - im Gemeinen Recht, 146
 - im Telekommunikationsrecht, 272
 - Rechtsnatur, 257
- Allgemeinzuteilung, 272
- Allmende, 131
- ALR
 - Anwendung auf Information, 388
 - gemeines Eigentum, 123–125, 154
 - im Cyberspace, 380
 - in Hamburg, 185
 - Inhalt, 154–158
 - Rechtsbereinigung, 251
 - und § 35 S. 2 Var. 2 VwVfG, 257
- Altkatholiken, 156
- Amazon, 417
- Amtliches Interesse, 475
- Amtliches Werk, 374, 467–470
- Amtsgeheimnis, 344
- Anfechtung, 406
- Anfechtungsklage, 227, 240, 406
- Anforderungsbescheid, 300
- Anstalt, 50, 130, 223, 287
- Anstaltsgebrauch, *siehe*
 - Einrichtungsgebrauch
- Anstaltsgewalt, *siehe* Besonderes
 - Gewaltverhältnis
- ArchG-ProfE, 283–286
- Archivgut, 103, 138, 225, 276–297
- Archivrecht
 - Baden-Württemberg, 278–281
 - Bayern, 278
 - Berlin, 282
 - Brandenburg, 282
 - Bremen, 282
 - Bund, 282, 284–289
 - Entstehung, 277
 - Hamburg, 277, 281
 - Hessen, 282, 290–292
 - Mecklenburg-Vorpommern, 282
 - Niedersachsen, 277
 - Nordrhein-Westfalen, 282
 - Rheinland-Pfalz, 282, 289, 290
 - Saarland, 282
 - Sachsen, 278–282
 - Sachsen-Anhalt, 282
 - Schleswig-Holstein, 277
 - Thüringen, 278–282
- Aschenbecher, 52
- Aufopferungsentschädigung, 227
- Bahnprivatisierung, 264, 265, 269
- Basler Schanzenstreit, 109, 113, 140, 154, 177
- Baulast, 121, 275, 276
- Bauordnungsbehörde, 275
- Bayerisches Landrecht, *siehe* CMBC

- Beamter, 411, 482
- Beleihung, 47, 222–224, 412, 462
- Benachrichtigung, 304–306
- Bereitstellungsbescheid, 304–309
- Beschlagnahme, 301
- Besitz, 23, 24, 176, 198, 203, 212
- Besonderes Gewaltverhältnis, 130, 168–170
- Bevölkerungsschutzrecht, 297–313
- Bibliothek, 138, 174, 227, 350, 356
- Binnenmarkt, 335, 336, 340, 341
- Budgetrecht, 211
- Bundesadler, 488
- Bundesamt für Justiz, 417, 436, 438
- Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, 173, 247
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, 484, 485
- Bundesanzeiger, 436
- Bundesarchiv, 284–289, 292–297
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, *siehe* Bundesarchiv
- Bundesflagge, 487
- Bundesgesetzblatt, 433, 435, 436
- Bundesnetzagentur, 272
- Bundestreue, 90
- Bundesverdienstkreuz, 351
- Bundeswehrekaserne, 81, 246
- Bund-Länder-Verbundnetz, 275
- Caching-Provider, 421, 422
- CMBC
 - Anwendung auf Information, 388–390
 - auf Bundesebene, 247
 - Geltungsbereich, 253
 - im Cyberspace, 380
 - Inhalt, 158–161
 - Rechtsvereinigung, 251
- Code administratif, 163–166
- Code Civil
 - Anwendung auf Information, 388–390
 - auf Bundesebene, 247
 - im Eisenbahnrecht, 124
 - im Saarland, 257
 - Inhalt, 161–166
 - Rechtsvereinigung, 251
- Code Domanial, 165
- Codex Maximilianeus Bavaricus, *siehe* CMBC
- Computerprogramm
 - als Sache, 337
 - als Verschlusssache, 483
 - amtliches, 375
 - Begriff, 64
 - Enteignung, 402–409, 426
- Content Delivery Network, 426
- Copyleft, 403
- COVID19-Pandemie, 437
- CreativeCommons, 477
- Cyberwaffe, 364
- Daseinsvorsorge, 51
- Daten, *siehe* Information
- Datenaltruismus, 363
- Datenbank, 356, 375, 445, 458
- Dateneigentum, 333, 336, 338, 362, 479
- Datenlizenz Deutschland, 476–480
- Datenraum, 370
- Datenschutzrecht, 277, 278, 295
- Datenträger, 68
- DDR, 42, 154, 189–195, 253, 292
- Deadlock, 328, 476
- Definiendum, 26
- Definiens, 26
- Definition, 26–28
- Deich, 84, 124, 149, 184, 271
- Demokratieprinzip, 215, 234, 469
- DENIC, 411–417
- Deutsches Institut für Normung, *siehe* DIN
- Dienstbarkeit des öffentlichen Rechts, 36, 43, 132, 154, 245
- Digitale Dienste, 81
- Digitalisat, *siehe* Digitalisierung
- Digitalisierung, 350, 357–359, 381
- Digitalrecht, 362–374
- DIN, 434
- Dingliches Recht
 - als allgemeines Gut der Rechtslehre, 43
 - des öffentlichen Rechts, 36, 37, 43–47
 - des Zivilrechts, 44
- Diskriminierung, 101
- DNS-Betreiber, 417–421, 435–440
- DNS-Resolver, *siehe* DNS-Betreiber
- DNS-Sperre, 419
- domaine public, 13, 161–166, 389
- Domainregistry, 411–417, 446

DoS-Angriff, 420, 421

Eigentum

- geistiges, *siehe* Geistiges Eigentum
- öffentliches, *siehe* Öffentliches Eigentum

Eigentumsordnung, 92–98, 337–339, 362
Eingriffsverwaltung, 102, 104, 234, 273, 485

Einheitliche Europäische Akte, 340

Einrichtungsgebrauch, 50–52, 146, 237, 269, 350

Einziehung, 40, 147, 307

Eisenbahnaufsicht, 266, 267

Eisenbahn-Bundesamt, 268

Eisenbahninfrastruktur, 58, 124, 193, 194, 263–269

ELI, 444

Enteignung

- durch Schutzbereichsanordnung, 311
- durch Widmung, 226–228
- im Archivrecht, 280
- im Bevölkerungsschutzrecht, 299
- im Eisenbahnrecht, 268
- im Straßenrecht, 226, 227, 311
- im StUG, 294
- Kompetenz, 86–88
- von Internet-Domain, 414
- von Urheberrecht, 400–409

Enteignungsgleicher Eingriff, 227, 409

Entstellung, 408

Entwidmung

- Anspruch auf, 239
- Begriff, *siehe* Einziehung

Ermessen, 44, 208, 296, 361

EU-Flagge, 489

EURid, 446

EUR-Lex, 445, 448

Eurohypothek, 92

European Law Identifier, *siehe* ELI

Exploit, 485

Fernmeldewesen, *siehe*

Telekommunikation

Finanzverfassung, 90

Finanzvermögen, 33, 42, 112, 145, 160

Fleet-Fall, 173

Fluss, 111, 132, 159, 201

Französisches Recht, 89, 123, 161

Freistellung, 264

Friedhof, 124, 125, 130, 143, 222

Funkfrequenz, 83, 271–274

Gegenstand, 37–39

Geheimschutz, 70, 206, 482–484

Gehirn-Computer-Schnittstelle, 383

Geistiges Eigentum

- bei Art. 345 AEUV, 340–342
- im DGA, 364, 369, 370
- in der PSI-RL, 356
- nach Art. 118 AEUV, 333–335

Gemeinde, 258–261, 430

Gemeines Eigentum des Staats, *siehe* ALR, gemeines Eigentum

Gemeines Recht

- als Wohnheitsrecht, 107
- Anwendung auf syntaktische Information, 389
- auf Bundesebene, 247, 251
- im Cyberspace, 379, 380
- Inhalt, 141–147, 152, 153
- Meeresstrand, *siehe* Meeresstrand
- Parlamentsvorbehalt, 216
- Rechtsbereinigung, *siehe* Rechtsbereinigung
- Vereinbarkeit mit dem GG, 196–216

Gemeinfreiheit, 358, 375

Gemeingebrauch, 43, 53–57, 127, 147, 361

Gemeinwohl, *siehe* Öffentliche Sache, Gemeinwohlfunktion

Geodaten, 346, 350, 361, 461–463

Geologische Daten, 463–467

Gerichtsstand, 380

Gesamteigentum, 136

Geschlossene Staatsdaten, 480–486

Geschäftsgeheimnis, 342, 366

gesetze-im-internet.de, 417

Gesetzespublizität, 207

Gewohnheitsrecht

- bei res sacrae, 222
- entgegenstehendes, 242–249
- im Cyberspace, 380
- im Eisenbahnrecht, 264
- in der DDR, 189
- Rechtsbereinigung, 251, 254
- Ursprung der Debatte, 105–107
- vorkonstitutionelles, 195, 203, 204

Glossa ordinaria, 106

- Güterbeschaffung, 86, 288
- Grundfreiheiten, 100–102, 332
- Grundrechtseingriff
 - bei semantischer Information, 383, 384
 - bei syntaktischer Information, 395, 396
 - durch Gemeindegatzung, 259
 - in andere Grundrechte, 212–214
 - in Art. 14 GG, 199–203, 230
 - mittelbarer, 236
- Grundrechtsverzicht, 232–239
- Gutglaubensschutz, 9, 152, 202, 212, 414

- Hacker, 392
- Hafen, 55
- Haftungsprivileg, 373, 374
- Hamburg
 - AGBGB, 184, 185
 - Archivrecht, *siehe* Archivrecht, Hamburg
 - Deiche, 84, 184
 - Franzosenzeit, 183, 184
 - Nationalsozialismus, *siehe* Nationalsozialismus, in Hamburg
 - öffentliches Eigentum, *siehe* Öffentliches Eigentum, in Hamburg
 - Rechtsbereinigung, *siehe* Rechtsbereinigung, in Hamburg
 - Staatsarchiv, *siehe* Hamburgisches Staatsarchiv
 - Straßenrecht, *siehe* Straßenrecht, in Hamburg
 - Verfassungsentwicklung, 187–189
- Hamburger Siet, 120, 125, 126, 238, 255
- Hamburger Stadtsiegelfall, 9–13, 40, 134, 149, 172, 246, 277–292, 493
- Hamburgisches Staatsarchiv, 277, 281
- Hand- und Spanndienste, 121
- Hausrecht
 - des Bundestagspräsidenten, 172
 - öffentliches, *siehe* Öffentliches Hausrecht
 - privates, 175–178, 244
 - virtuelles, 391–394, 422–425
- Havariekommando, 441
- Heimfall, 405, 406
- Herausgabeanspruch
 - als Grundrechtseingriff, 199, 213
 - bei res sacrae, 224
 - in der Rechtsprechung, 118, 125, 189, 244
 - in der tradierten Lehre, 9
 - Revision, 248
 - und Institutsgarantie, 207
- Hinduismus, 220
- Hochwasserschutzanlagen, 84
- Hoheitliche Sachherrschaft, *siehe* Öffentliche Sachherrschaft
- Hoheitssymbole, 351, 487–489
- Hoheitszeichen, *siehe* Hoheitssymbole
- Host-Provider, 421, 422, 426
- Hund, 87, 237, 259
- Hypothek, 35

- ICANN, 417–419, 448
- Ideologie, 19
- Immaterialgüterrecht, 101, 102, 374–376
- Immaterielgüterrecht
 - öffentliches, *siehe* Öffentliches Immaterialgüterrecht
- Immissionsschutzrecht, 271
- Inanspruchnahme, 118, 193, 298–304
- Inanspruchnahmeverfügung, *siehe* Inanspruchnahme
- Indienststellung, 31
- Information
 - als öffentliche Sache, 67–76, 430
 - als Rechtsgegenstand, 66, 319
 - als Teil der Eigentumsordnung, 337–339
 - Begriff, 63–67
 - des öffentlichen Sektors, *siehe* Public Sector Information
 - im Primärrecht, 332–343
 - im Sekundärrecht, 343–377
 - im Verwaltungsgebrauch, 75
 - Integrität, 360
 - Nutzung, 343, 347–350, 354–362
 - semantische, 65, 321, 342–347, 353
 - strukturelle, 65, 81, 336
 - syntaktische, 65, 321–323, 333–342, 347–362
 - Zugang, 343, 353, 354, 363
- Informationsverwaltungsrecht, 343–362
- Insolvenz, 45, 137, 265
- Insolvenzregister, 437
- Institutsgarantie, 204, 207, 401
- Interdikt

- im römischen Recht, 109–112
- in der Rechtsprechung, 127
- Wegfall und Kompensation, 149–152
- Zuweisungsgehalt, 143, 147
- Intermediär, 373, 374, 420, 421
- Internationales Verwaltungsrecht, 379
- Internet-Domain
 - als rivale Information, 390
 - als Verfassungseigentum, 412, 420
 - Enteignung, *siehe* Enteignung, von Internet-Domain
 - im deutschen Recht, 431–443
 - im EU-Recht, 443–449
 - in der PSI-RL, 351–353
 - Kompetenz, *siehe* Kompetenz, für Internet-Domain
 - öffentliche Sachherrschaft, *siehe* Öffentliche Sachherrschaft, an Internet-Domain
 - Verhältnis zu virtuellen Räumen, 394
- Italienisches Recht, 356, 357, 361
- IT-Planungsrat, 324
- IT-Staatsvertrag, 324, 482, 485
- Juris-Monopol, 361
- Katastrophenschutz, *siehe* Zivilschutz
- Kirchen, 102, 124, 223, 350, 365
- Kirchengebäude, 57, 156, 165
- Kirchengutgarantie, 217–224
- Kirchensteuer, 218, 223
- Kirchensstuhl, 127
- Künstliche Intelligenz, 339, 342, 345
- Kompetenz
 - der Union, 92–104, 333–342
 - für Bürgerliches Recht, 84–91, 319, 320, 325
 - für das StUG, 292
 - für Information, 320–332
 - für Internet-Domain, 323, 324, 428
 - für Urheberrecht, 325–330
 - im Archivrecht, 286, 290
 - IT-Planungsrat, 324, 325
 - Recht der Wirtschaft, 330, 331
 - Telekommunikationsrechtliche, 81–84, 320–324
 - ungeschriebene, 91
- Konjunktive Anfügung, 27
- Kopierschutz, 359
- Krefelder Eisenbahn, 124, 126, 264
- Kriegsschiff, 127
- Kultgegenstände, 57, 102, 108, 157, 221
- Kulturerbe, 356–360
- Kulturgut, 103, 276, 281, 365
- Kulturstaatsprinzip, 281
- Kunst, 410, 411
- Landbeschaffung, 310
- Legalenteignung, 228
- Leistungsbescheid, 304–309
- Lizenz, 360–362, 459, 472, 477
- Luft, 38, 147, 269–271
- Medienfreiheit, 294, 385, 424, 425
- Meeresstrand
 - als öffentliche Sache, 47
 - Wohnheitsrecht, 62
 - im CMBC, 225
 - im Code Civil, 225
 - im Gemeinen Recht, 127–130, 225
 - in der Rechtsprechung, 56, 118, 123, 127–130
 - in Ostfriesland, 56
 - Zuweisungsgehalt, 147
- Mensa, 55
- Menschenwürde, 235, 383, 386, 395, 401
- Meta-Rechtsordnung, 454–460
- Mietvertrag, 239, 301
- Mühlenregal, 127, 133
- Modifiziertes Privateigentum, *siehe* Theorie des modifizierten Privateigentums
- Museum
 - in der PSI-RL, 350, 356, 358
 - öffentliche Sachherrschaft, 51, 257
 - Versteigerung von Museumsstücken, 276
- National Single Window, 441
- Nationalsozialismus
 - bei E. Forsthoff, 51
 - bei E. Ulmer, 399
 - bei Th. Maunz, 19
 - in Hamburg, 185, 253
 - Rechtsprechung im, 128–130
 - Reichskleinodien, 134, 135
 - Requirierung im, 298
 - und Patentrecht, 329
- Naturgesetz, 37

- Naturkatastrophen, 228
- Negative Ausschlusswirkung, 249, 250, 254
- NFT, 356
- Nichtigkeitsdogma, 229
- Niederlassungsfreiheit, 101
- Nießbrauch, 24, 126, 201, 207–210
- Nürnberg, 134–138, 252
- Non-fungible token, *siehe* NFT
- nuda proprietas, 126, 208
- nudum ius, 207, 208, 210
- numerus clausus, *siehe* Typenzwang
- Nutzungsarten, 31
- Nutzungsbestimmungen, 455, 456, 472–474, 476
- Nutzungsinteresse, 475
- Nutzungsrechte, 22, 35, 42

- Obdachloser, 178, 304
- Öffentliche Einrichtung, 51, 53, 170, 390
- Öffentliche Grundlast, 15–19
- Öffentliche Last, 16, 48, 85–91, 299
- Öffentliche Sache
 - Begriff, 34
 - Gemeinwohlfunktion, 32–34
 - Körperlichkeit, 10, 14, 31, 39–41
 - kraft natürlicher Beschaffenheit, 62, 273
- Öffentliche Sachherrschaft
 - als Rahmenrecht, 44
 - als Recht zum Besitz, 175
 - an Allmendgütern, 132
 - an amtlichen Werken, 467, 468
 - an Archivgut, *siehe* Archivgut
 - an Internet-Domain, 411, 416
 - an Kultgegenständen, 220
 - an requirierten Sachen, *siehe* Bevölkerungsschutzrecht
 - an Schutzbereichen, *siehe* Schutzbereich
 - an Straßen, 261
 - Begriff, 30, 34, 36
 - Haftungsprivileg, *siehe* Haftungsprivileg
 - im DGA, 455–459
 - im DNG, 455–459
 - im EU-Kartellrecht, 102
 - im GeolDG, 463–467
 - im GeoZG, 461–463
 - im Wasserrecht, 262, 263
 - Übertragbarkeit, 47
- Öffentliches Eigentum
 - an Archivgut, 283
 - Bedeutung, 43
 - Herkunft, 13, 14
 - im Gemeinen Recht, 142
 - in der Rechtsprechung, 162
 - in Hamburg, 18, 261
 - Kompetenz, 88
 - Systematik, 36
- Öffentliches Hausrecht, 170–182, 391–394, 422–425
- Öffentliches Immaterialgüterrecht, 72
- Öffentliches Unternehmen, 94
- Öffentlich-rechtlicher Vertrag, 238
- Offerte ad incertas personas, 361
- Open Government Data, 69–71, 366, 390, 449–480
- Open Source Software, 403, 427
- OpenStreetMap, 460
- Ordnungssystem, 74, 392

- Pandektenwissenschaft, 113–116
- Paritätsgebot, 219–221, 429
- Parlamentarischer Rat, 326, 327
- Parlamentsvorbehalt, 215, 216, 235, 259, 431
- Patent, 327–329, 369, 381–387
- PDF, 323, 354, 385, 430
- Pfändung, 129, 157, 263
- Planfeststellung, 85–88, 268
- Prioritätsprinzip, 210, 307
- Privatfürstenrecht, 118
- Privileg, 133–138, 141, 254
- Public Sector Information, 70, 370, 449–486
- Publizitätsprinzip
 - im Archivrecht, 280
 - im Bevölkerungsschutzrecht, 308
 - im einfachen Recht, 196
 - im Verfassungsrecht, 205–207
 - in der Abwägung, 212, 216

- Quad9, 420
- Querulant, 178

- Rahmenrecht, *siehe* Öffentliche Sachherrschaft, als Rahmenrecht
- Recht

- absolutes, *siehe* Dingliches Recht
- dingliches, *siehe* Dingliches Recht
- wohlerworbenes, 136, 253
- Rechtsbereinigung
 - im Bund, 250–253
 - in Hamburg, 253–255
 - Konzept, 249, 250
- Rechtsdienstleistungsregister, 437
- Rechtsgegenstand
 - erster Ordnung, 38, 40, 66, 314–316
 - zweiter Ordnung, 38
- Rechtsnachfolge, 300, 465
- Rechtssammlung, *siehe* Rechtsbereinigung
- Rechtsstaatsprinzip, 236, 305, 469
- Rechtsverhältnistheorie, 20, 21, 37
- Regalien, 127, 131–133, 141
- Registry, *siehe* Domainregistry
- Reichskleinodien, 134–138, 253
- Requirierung, 298
- res communis omnium, 107, 108, 111, 121, 128, 154
- res extra commercium
 - im Code Civil, 162
 - im Gemeinen Recht, 141–147
 - im römischen Recht, 108–112
 - in der Pandektenwissenschaft, 113–116
 - in der Rechtsprechung, 117–130
 - Information als, 386
 - und Art. 345 AEUV, 97
- res publicae, 97, 107–128, 132, 144
- res sacrae
 - Begriff, 57
 - Dogmatische Herleitung, 217–221
 - Eigentümerzustimmung, 237
 - im AEUV, 102
 - im ALR, 156
 - im CC, 165
 - im CMBC, 158
 - im Gemeinen Recht, 144
 - im römischen Recht, 112
 - in der DDR, 195
 - in der Rechtsprechung, 125, 218, 243
 - Rechtsbereinigung, 250
 - Rechtsnatur, 221–224
 - Reichskleinodien, 135
 - Revisibilität, 248
 - virtuelle, 428, 429
- Revision, 248
- Robert-Koch-Institut, 437, 438
- Rotwachsfreiheit, 133
- Rundfunk, 81
- Saarland, 251, 257
- Sachzuordnung
 - generelle, 15–17, 271
 - spezielle, 15
- Satzung, 258–261, 431, 442
- Schnittstellenbegriff, 58
- Schulgebäude, 126, 157, 238
- Schutzbereich, 310–313
- Schutzbereichsanordnung, *siehe* Schutzbereich
- Schutzrechtskumulation, 328
- Servitut, 36, 116, 121, 132, 310
- Social-Media-Seiten, *siehe* Soziale Medien
- Sächsisches BGB, 154
- Sonderbenutzung, 53
- Sondergebrauch, *siehe* Gemeingebrauch
- Sondernutzung, 53, 209
- Sonderordnungsbehörde, 151, 173, 180
- Sozialbindung, 211, 384, 386, 395
- Soziale Medien, 360, 422–425
- Sozialstaatsprinzip, 207, 212
- Splinternet, 418
- Staatensukzession, 137
- Staatsferne, 425
- Staatsgeheimnis, 385, 386
- Staatsgut, 138–140
- Staatskirchentum, 144, 157, 159, 222
- Staatstrojaner, 76, 481–486
- Staatsvermögenslehre, 41
- Stasi-Unterlagen, 292–297
- Stiftung, 136, 140, 287
- Störer, 225, 237, 240, 413
- Störerhaftung, 414, 418
- Strand, *siehe* Meeresstrand
- Straße
 - als Gegenstand, 18, 39, 40
 - als öffentliche Einrichtung, 54
 - als strukturelle Information, 68
 - Bau ohne Zustimmung, 226–232
 - befristete Widmung, 228, 236
 - Befugnisse des Eigentümers, 209
 - dingliches Recht an, 43
 - Gemeingebrauch an, 53
 - im ALR, 155
 - im CMBC, 159

- im Code Civil, 164
- im Gemeinen Recht, 144
- im römischen Recht, 111
- in der Staatsvermögenslehre, 41
- Nutzung, 56
- öffentliche Sachherrschaft an, *siehe*
- Öffentliche Sachherrschaft, an Straßen
- Verhältnis zum Eigentum, 315
- Straßenkörper, 54
- Straßenrecht
 - als Daseinsvorsorge, 102
 - als Musterbeispiel, 32, 191
 - als spezielleres Recht, 257
 - Analogie im, 150, 151
 - des Bundes, 246
 - Enteignung, *siehe* Enteignung, im Straßenrecht
 - Gemeingebrauch im, 56
 - in der DDR, 191–195
 - in der Pandektenwissenschaft, 114–116
 - in Hamburg, 84
 - Kompetenz, 85
 - Normierung, 22, 25, 261
 - öffentliche Einrichtung im, 53
 - und tradierte Lehre, 34, 35
- Straßenverkehr, 23, 321
- Suchmaschine, 322, 355

- Telekommunikation, 82, 320–324
- Telekommunikationsrecht, 271–275
- Telemedien, *siehe* Digitale Dienste
- Theater, 109
- Theorie des modifizierten absoluten privaten Rechts, 382
- Theorie des modifizierten Privateigentums
 - bei Open Government Data, 476
 - bei semantischer Information, 381
 - bei syntaktischer Information, 388
 - bei Urheberrecht, 327
 - Herkunft, 113–116, 144
 - im ALR, 157
 - im Archivrecht, 278–297
 - im BGB, 148
 - im CMBC, 159
 - im GeoIDG, 464
 - im GeoZG, 462
 - im Schutzbereichsrecht, 313
 - im Wasserrecht, 262
 - in der DDR, 191
 - in der Rechtsprechung, 116–130
 - Inhalt, 9, 10
 - Tiefseekabel, 420, 421
 - Tiere, 237
 - Tondo Doni, 356
 - Typenzwang, 197, 205, 217

 - Umweltinformation, 346, 361
 - Umwidmung, 286, 291
 - Unikatstheorie, 89, 90
 - Unveräußerlichkeit, 282–292
 - Urheberpersönlichkeitsrecht, 406–409
 - Urheberrecht, 325–330, 397–411

 - Vagabundierende Kopien, 292–295
 - Verfügbungsbefugnis, 478, 479
 - Verfügbungsberechtigung, *siehe* Verfügbungsbefugnis
 - Vermögensgegenstand, 41
 - Veräußerungsverbot, 285
 - Verschlusssache, 482–484
 - Verstaatlichung, 96, 98
 - Versteigerung, 272, 278, 285
 - Verteidigungsfall, 274, 297, 306
 - Vertrag von Lissabon, 99, 339–341
 - Verwaltungsakt
 - auf Unterwerfung, 233–236
 - dinglicher, 59, 286, 291, 310
 - Änderungsverwaltungsakt, 304
 - Privileg als Vorläufer, 136
 - Verwaltungsaktfbefugnis, 174, 415
 - Verwaltungsgebrauch, 49, 147, 157, 245, 350
 - Verwaltungsrechtsverhältnis, 22
 - Verwaltungsvermögen, 33, 42
 - Videokonferenz, 426
 - Virtuelle Einrichtung, 75, 76
 - Virtueller Raum, 73–75, 390–394
 - Volkseigentum, 191–194

 - Wappen, 351, 487
 - Warnung, 68
 - Wasser, fließendes, 37, 107, 269
 - Wasserfall, 96, 101
 - Wasserlauf, 124, 129, 225
 - Wasserrecht
 - als spezielleres Recht, 257
 - im CMBC, 159
 - in Hamburg, 185
 - Normierung, 22, 25

- öffentliche Sachherrschaft, *siehe* Öffentliche Sachherrschaft, im Wasserrecht
- Sonderbenutzung, *siehe* Sonderbenutzung
- Wasserregal, 123, 132
- Wasserstraße, 186
- Website, 75, 374, 394–429, 433–449, 477
- Wegeaufsichtsbehörde, 262
- Welle, 83, 272, 321
- Wesentlichkeitstheorie, *siehe* Parlamentsvorbehalt
- Widmung
 - Adressat, 61, 62, 206
 - als Enteignung, *siehe* Enteignung
 - als Grundrechtseingriff, 201
 - bedingte bzw. befristete, 32, 236, 403
 - Begriff, 59–63
 - bei § 35 S. 2 VwVfG, 40, 257
 - durch Mietvertrag, 238
 - geologischer Daten, 464–466
 - im Gemeinen Recht, 146
 - in Definition, 31
 - in der DDR, 194
 - mehrere W., 210
 - nichtige, 230
 - per Allgemeinverfügung, 59, 257
 - per Gesetz, 59
 - per Satzung, *siehe* Satzung
 - rechtswidrige, 229–232, 240, 241
 - Teilanfechtung, 236
 - Verstoß gegen Menschenwürde, 235
 - verwaltungsfremder Gegenstände, 225–239
 - von Open Government Data, 472–474
 - vorkonstitutionelle, 224, 225
- Wormser Konkordat, 131
- XML, 354, 440
- Zensurheberrecht, 480
- Zeroday, 481–486
- Zivilschutz, 297
- Zustimmung des Eigentümers
 - fehlende, 226–232
 - vorliegende, 232–239
- Zwangsveröffentlichung, 400
- Zwangsvollstreckung, 45, 90, 137, 144, 157
- Zweistufentheorie, 52, 480